Schweizerische Volkspartei (SVP)

Jahresbericht

2020

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis 2

Vorwort 3

1. Erfolgsbilanz 5
   1.2 Das Jahr 2020 im Rückblick 5

2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion 73
   2.1 Positionspapiere der SVP 73
   2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP 73
   2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter 76
   2.4 Internet 77

3. PARTEIORGANE 78
   3.1 Delegiertenversammlung 78
   3.2 Parteileitungsausschuss 79
   3.3 Parteileitung 79
   3.4 Parteivorstand 80
   3.5 Generalsekretariat 83
   3.6 Fraktion der Bundesversammlung 83

4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2020 86

5. Die SVP in den Kantonsparlamenten 87

6. Die SVP-Kantonalsektionen online 88

VORWORT

Ein kleines Virus hält die Bevölkerung, die Unternehmen, die Kultur, den Sport, das Parlament in Atem. Die Pandemie, welche die Schweiz ab März überrollte, dominiert bis heute die Medien und die Politik.

Die SVP Schweiz rief gleich zu Beginn als erste Partei den Bundesrat auf, wirksame und verhältnismässige Massnahmen zu ergreifen, um das Land und die Bevölkerung vor dem Virus zu schützen. Bereits am 24. Februar 2020 verfassten wir eine Medienmitteilung mit dem Titel «Die SVP fordert rigorose Kontrollen und medizinische Schnelltests an den Grenzen». Es dauerte nicht weniger als ein Jahr (!), bis der Bundesrat wenigstens an den Flughäfen Tests verlangte.

Der Bundesrat zögerte mit der Schliessung der Landesgrenzen, um die Nachbarländer und die EU nicht zu verärgern. Aufgrund des zögerlichen Verhaltens konnte sich das Virus, über das wir zu diesem Zeitpunkt noch fast nichts wussten, im ganzen Land verbreiten, weshalb ein erster Lockdown unausweichlich wurde. Die SVP Schweiz unterstützte diesen Schritt als Notmassnahme, um die Spitäler vor einer möglichen Überlastung zu bewahren. Uns war jedoch schnell klar, dass ein Lockdown keine Dauerlösung ist. Die Stilllegung der Wirtschaft kostet uns täglich 150 Millionen Franken.

Die SVP Schweiz präsentierte deshalb bereits Ende März ein Strategiepapier: Wie wir aus dem Lockdown kommen. Indem die Hochrisikogruppen gezielt geschützt werden und der Rest der Bevölkerung wieder arbeiten und leben kann unter Einhaltung wirksamer Schutzmassnahmen wie Abstand halten, Hygiene und Maskentragen.

Willkürliche Massnahmen

Im Sommer verpasste es Gesundheitsminister Alain Berset, die Schweiz auf eine zweite Welle vorzubereiten. Auch damals wies die SVP frühzeitig auf die drohende Gefahr hin. Der Bundesrat hielt es nicht für nötig, ein national einheitliches Schutzkonzept für die Alters- und Pflegeheime zu erarbeiten, obwohl 50% der Todesopfer Bewohner von den vorgenannten Einrichtungen waren – ein Skandal.

In der zweiten Welle legte der Bundesrat den Fokus lieber auf epidemiologisch nicht relevante Massnahmen. So verdarb er den Gastronomen mit willkürlichen Öffnungszeiten (Schliessung um 19 Uhr) die Firmen- und Abendessen. Das Weihnachtsgeschäft machte der Bundesrat mit dem zweiten Lockdown für Restaurants gleich ganz zunichte – ohne faktenbasierte Gründe anführen zu können.

Auch die Skigebiete wollte der Bundesrat schliessen. Dank einem bürgerlichen Schulterschluss unter Führung der SVP konnten wir beim Bundesrat genügend Druck aufbauen, so dass wenigstens auf diesen Eingriff verzichtet wurde. Zusammenfassend muss die Corona-Politik des Bundesrates als ungenügend benotet werden. Es ist mir jedoch ein Anliegen, unseren zwei Bundesräten Ueli Maurer und Guy Parmelin für ihren wertvollen Einsatz während dieser Krise zu danken. Beide haben in Sachen Soforthilfen für Unternehmen und Arbeitnehmer zusammen mit den Kantonen rasche und gute Lösungen ausgearbeitet.

Neben Corona waren wir intern mit der Erneuerung der Parteigremien beschäftigt und bereiteten uns auf die eidg. Volksabstimmung zur Begrenzungsinitiative vor, nachdem diese aufgrund der Pandemie vom 17. Mai auf den 27. September 2020

verlegt wurde. An der Delegiertenversammlung in Brugg-Windisch (AG) wählten wir am 22. August mit Marco Chiesa einen Nachfolger für Albert Rösti. Die SVP bekommt damit ihren ersten Parteipräsidenten aus der lateinischen Schweiz. Seine Wahl zum Tessiner Ständerat zeigte, dass Marco Chiesa mit seiner Politik über die Parteigrenzen hinweg die Bevölkerung überzeugen kann. Nationalrat Franz Grüter aus dem Kanton Luzern wurde als neuer Vizepräsident gewählt. Neben den Präsidiumswahlen wurde für den Parteileitungsausschuss der Thurgauer Nationalrat und Ex-Schwinger Manuel Strupler als Nachfolger für den zurückgetretenen Berner alt Nationalrat Adrian Amstutz gewählt. Des Weiteren wurden die Mitglieder der Parteileitung und des Parteivorstandes für eine weitere Amtszeit gewählt.

Abstimmungskampf zur Begrenzungsinitiative
Leider kämpften wir wieder einmal alleine gegen Parlament und Bundesrat, gegen alle anderen Parteien, gegen die Gewerkschaften und mächtigen Wirtschaftsverbände für unsere Initiative zur Steuerung der unkontrollierten Massenzuwanderung aus dem EU-Raum. Die Initiative wurde vom Schweizer Stimmvolk mit 61.7% abgelehnt. Immerhin waren 38.3% der Schweizerinnen und Schweizer und 3 ½ Stände der Ansicht, dass wir die Zuwanderung aus der EU wieder selbstständig steuern müssen und das Personenfreizügigkeitsabkommen in der heutigen Form zu beseitigen ist. Trotz der Ablehnung bleibt die Steuerung der Zuwanderung ein wichtiges Thema. Ist es nicht absurd, dass im Corona-Jahr über 60'000 Personen netto in die Schweiz zugewandert sind? Trotz Rekordarbeitslosigkeit…

Zu guter Letzt freut es mich, dass ich am 23. Oktober 2020 vom Parteivorstand als neuer Generalsekretär der SVP Schweiz gewählt wurde. Ein besonderer Dank gilt meinem Vorgänger Emanuel Waeber für seine geleistet Arbeit. Das Generalsekretariat versteht sich als Maschinenraum der schweizerischen SVP. Wir arbeiten dafür, dass unsere Partei sich weiterhin erfolgreich für unser Land und den Mittelstand einsetzen kann. Dafür setzt sich ein tolles, motiviertes Team im Generalsekretariat ein.

Neben dem Schwerpunkt der Kommunikation – wie bringen wir unsere Ideen und Themen direkt an die Bevölkerung – liegt unser Fokus bereits jetzt auf den nächsten eidgenössischen Gesamterneuerungswahlen 2023. Dafür braucht es den Einsatz von uns allen. Damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Peter Keller
Generalsekretär

1. ERFOLGSBILANZ

1.2 Das Jahr 2020 im Rückblick

JANUAR

10. und 11. Januar: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Kadertagung in Horn (TG)

Am zweiten Wochenende im Januar fand wiederum die traditionelle Kadertagung der SVP in Bad Horn am Bodensee statt, dieses stand im Zeichen der Präsidiumssuche um die Nachfolge des abtretenden Parteipräsidenten Albert Rösti. Weiter wurde die Sanierung der AHV durch Nationalbankgewinne diskutiert und beschlossen.

Die AHV soll von den Nationalbankgewinnen profitieren
Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Januar 2020

Der Parteileitungsausschuss hat seiner Sorge um die nach wie vor ungesicherte Finanzierung der Altersvorsorge Ausdruck verliehen. Angesichts der hohen Gewinne der Nationalbank fordert er, dass die Überschüsse aus den Negativzinsen in die AHV fliessen sollen. Zur Sicherung der Altersrenten der hart arbeitenden Menschen in der Schweiz hält der Parteileitungsausschuss der SVP zudem nach wie vor an der Forderung fest, eine Milliarde aus der Entwicklungshilfe in die AHV zu bezahlen. Eine mögliche Volksinitiative ist in Prüfung. Zudem soll, wie von der SNB angekündigt, der Anteil der Zusatzausschüttung vollumfänglich der AHV zufliessen.

Die SVP verlangt Antworten zum inakzeptablen Auftritt des türkischen Präsidenten in Genf
Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Januar 2020

Gemäss Medienberichten hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan an einem Anlass in Genf eine Rede gegen die Integration der hier lebenden Türken gehalten. Zudem haben aus der Türkei entsandte Prediger in einem Ferienlager türkischen Kindern Koranunterricht erteilt. Für die SVP sind solche Aktivitäten nicht tolerierbar, zumal sie der islamischen Radikalisierung Vorschub leisten. Die SVP-Vertretung in der ständerätlichen Aussenpolitischen Kommission fordert deshalb Antworten vom Bundesrat.

Soft Law wie der UNO-Migrationspakt muss vors Parlament – erster Erfolg für die SVP
Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Januar 2020

Die SVP forderte im Zusammenhang mit dem UNO-Migrationspakt, dass der Bundesrat dem Parlament künftig auch vordergründig unverbindliche internationale Verpflichtungen zur Genehmigung vorlegen muss. Dies mit Erfolg: Die vorberatende Kommission des Nationalrates unterstützt das Anliegen.

Im Herbst 2018 konnte die SVP im letzten Moment verhindern, dass der Bundesrat im Alleingang dem UNO-Migrationspakt zustimmte. Ein Ja zu dieser ideologisch verklärten, realitätsfremden internationalen Vereinbarung hätte weitreichende Konsequenzen für die Schweiz gehabt. Der Migrationspakt würde Migranten unzählige Rechte zugestehen und die Selbstbestimmung der Schweiz über ihre Ausländer- und Zuwanderungspolitik massiv beschneiden. Bei einer Zustimmung zu diesem Pakt würde dieser letztlich vorgeben, wie viele Wirtschaftsmigranten wir zu welchen Bedingungen aufnehmen müssten.

Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz hat die Mitglieder der Findungskommission ernannt
Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Januar 2020

Die Findungskommission, die mit der Prüfung möglicher Kandidaturen für das Präsidium der SVP Schweiz beauftragt wurde, ist nun komplett. Der Parteileitungsausschuss hat an seiner Sitzung in Altdorf (UR) die Mitglieder der Kommission ernannt. Der Parteivorstand, der sich ebenfalls in Altdorf getroffen hat, empfiehlt den Delegierten der SVP Schweiz für die Abstimmung vom 17. Mai über das neue Jagdgesetz einstimmig die Ja-Parole.

Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz hat in Altdorf (UR) die Mitglieder der Findungskommission bestimmt. Diese ist unter dem Vorsitz von alt Nationalrat und Fraktionspräsident Caspar Baader mit der Prüfung möglicher Kandidatinnen und Kandidaten für das Parteipräsidium beauftragt. Vizepräsident der Kommission ist alt Regierungsrat Ernst Hasler (AG), die Kommissionsmitglieder sind der heutige Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Nationalrat Jean-Pierre Grin (VD), Regierungsrätin Michèle Blöchliger (NW), alt Nationalrat Toni Brunner (SG) sowie der ehemalige SVP-Generalsekretär Martin Baltisser. Die Kantonalparteien können noch bis zum 1. Februar Interessenten melden. Die Kommission beantragt dem Parteileitungsausschuss mögliche Kandidaturen.

Die SVP Schweiz kämpft für eine massvolle Zuwanderung
Delegiertenversammlung vom 25. Januar 2020

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Seedorf (UR) stand ganz im Zeichen einer massvollen Zuwanderung – dem zentralen Anliegen der Begrenzungsinitiative, die am 17. Mai zur Abstimmung kommt. Die SVP Schweiz kämpft hoch motiviert und entschieden dafür, dass wir Schweizer wieder Herr im eigenen Land sind und die Zuwanderung wieder eigenständig steuern.

„Eine Million Zuwanderer in den letzten 13 Jahren und die Personenfreizügigkeit geht weiter – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!", sagte Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz, an der Delegiertenversammlung in Seedorf (UR) vor über 500 Anwesenden (380 Delegierte und 150 Gäste). Die masslose Zuwanderung habe negative Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Wer pendle, erlebe täglich verstopfte Strassen und überfüllte Züge. Auch sei der Druck auf Arbeitsplätze und Löhne massiv gestiegen. „Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Anzahl der ausgesteuerten und von der Sozialhilfe abhängigen über 55-Jährigen massiv angestiegen." Auch belaste die masslose Zuwanderung unsere Sozialwerke: „Mehr als die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer."

Kampagnenleiter und Nationalrat Marcel Dettling (SZ) rief den Delegierten in Erinnerung, dass sich nur die SVP gegen diese Masslosigkeit wehrt, und dass nur die SVP bereit ist, für unser Land Verantwortung zu übernehmen. Die Economiesuisse mit ihren Managersöldnern aus dem Ausland habe grossen Widerstand gegen die Begrenzungsinitiative signalisiert. „Sie haben die Kriegskassen mit vielen Millionen gefüllt und werden aus allen Rohren schiessen", warnte Dettling. Aber den ausländischen Konzernbossen gehe es nicht um die Schweiz, zu der sie gar keinen Bezug hätten. „Ihnen geht es um möglichst grosse Boni Ende Jahr." Um dies zu erreichen, müssten sie gute Zahlen liefern und dafür würden sie junge, günstige Ausländer anstellen und ältere Schweizer auf das Abstellgleis stellen. Der Bundesrat unterstützte dieses Vorgehen, in dem er eine neue Überbrückungsrente schaffen wolle. „Statt sich verantwortungsvoll um unsere ältere Generation zu kümmern, die mit harter Arbeit zum Wohlstand beigetragen hat, hilft der Bundesrat mit, Arbeitsplätze zu vernichten", so Dettling. „Aber das Schweizer Volk lässt sich nicht kaufen. Davon bin ich überzeugt!"

55’000 Zuwanderer pro Jahr sind unverträglich für die Schweiz
Medienmitteilung vom 30. Januar 2020

Das Staatssekretariat für Migration vermeldet beschönigend, 2019 habe es nicht mehr Zuwanderung gegeben als im Vorjahr. Die Wahrheit ist, dass auch im vergangenen Jahr wieder 55’000 Personen netto in unser Land eingewandert sind. Das sind so viele Menschen, wie die Stadt Biel Einwohner hat.

Heute leben in unserem kleinen Land über 8,6 Millionen Menschen – mehr als 2 Millionen davon sind Ausländer. Durch die Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr Zehntausende dazu. So auch 2019: Gemäss der Statistik des Bundes wanderten netto erneut 55’000 Personen ein. Das sind fast 7-mal mehr, als der Bundesrat im Rahmen der Abstimmung über die Bilateralen I und damit über die Personenfreizügigkeit versprochen hatte!

Wenn der Bund in einer Mitteilung schreibt, die Zuwanderung sei im Vergleich zu 2018 «stabil» geblieben, dann ist das ein kläglicher Versuch, die Lage schönzureden. Die Realität ist: Allein in den letzten zwei Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz um über 100’000 Menschen zugenommen. Wenn das so weiter geht, dann leben wir bald in einer 10-Millionen-Schweiz – mit verheerenden Folgen!

Deshalb ja zu einer massvollen Einwanderung, ja zur Begrenzungsinitiative
Durch die Personenfreizügigkeit sind allein in den letzten 13 Jahren eine Million mehr Menschen in die Schweiz gekommen. Dass jedes Jahr 55’000 Personen dazu kommen, verträgt unser Land nicht: Zu viel ist zu viel! Deshalb braucht es ein klares Ja zur Begrenzungsinitiative der SVP, die eine massvolle Zuwanderung will.

Über 14‘000 Asylgesuche im 2019: Die Zahl der Wirtschaftsmigranten ist immer noch zu hoch
Medienmitteilung vom 31. Januar 2020

Mit der publizierten Asylstatistik will der Bund seine komplett verfehlte, weil viel zu grosszügige Asylproblematik schönreden. Dabei sind 14‘269 Asylgesuche im 2019 noch immer viel zu viele. Dies zumal es sich in der Mehrheit der Fälle nicht um Flüchtlinge, sondern um Wirtschaftsmigranten handelt, die in der Regel direkt in unsere Sozialhilfe einwandern. Zudem wandern vor allem via Personenfreizügigkeit jedes Jahr netto über 50‘000 weitere Personen in die Schweiz ein. Diese masslose Zuwanderung ist für unser Land nicht länger verkraftbar. Mit der Begrenzungsinitiative liesse sich die Zuwanderung endlich auf ein erträgliches Mass reduzieren.

Laut dem Staatssekretariat für Migration kamen 2019 insgesamt 14’269 Asylbewerber in die Schweiz. Das sind zwar 6,5 Prozent weniger als im Vorjahr – der Bestand an Personen im Asylbereich und damit die Asylkosten steigen jedoch stetig. Inzwischen leben über 126’000 Personen in der Schweiz, die über die Asylschiene eingewandert sind. Das sind 2’979 mehr als noch Ende 2018. Zudem ist die Zahl der vorläufig Aufgenommenen erneut um mehr als 1’000 Personen auf 47’965 Personen gestiegen. Seit 2010, dem Jahr von Bundesrätin Simonetta Sommarugas Amtsantritt, hat sich diese Zahl damit mehr als verdoppelt.

Aus Sicht der SVP kommen noch immer viel zu viele Asylanten in die Schweiz und erhalten hier ein Aufenthaltsrecht. Denn bei den meisten von ihnen handelt es sich nicht um Flüchtlinge, sondern um Wirtschaftsmigranten auf der Suche nach einem

angenehmeren Leben. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass der Bund in nur rund 30 Prozent der Fälle Asyl gewährt.

Rückführungen nach Italien gestoppt, weil die soziale Rundumversorgung nicht immer gewährleistet ist
Über 14'000 neue Asylgesuche sind auch deshalb zu viele, weil der Bundesrat seit 2015 und unter der Federführung der damaligen Asylministerin Simonetta Sommaruga entschieden hatte, an sogenannten Resettlement- und Relocation-Programmen teilzunehmen. In diesem Rahmen werden nun über die Jahre verteilt einige Tausend Flüchtlinge direkt eingeflogen.

Auch funktioniert das Dublin-System in vielen Fällen zum Nachteil der Schweiz: Deutschland etwa schiebt immer mehr Dublin-Migranten in die Schweiz ab. Ein Übriges trägt ein kürzlich – unter dem Vorsitz einer grünen Richterin – gefällter Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts bei: Die Schweiz darf Asylbewerber, die bereits in Italien einen Antrag gestellt haben, nicht mehr ohne weiteres zurückschicken, wie es das Dublin-Abkommen vorsieht. Die Begründung: Im italienischen Aslyregime sei bei «besonders verletzlichen Personen» die soziale Rundumversorgung nicht immer gewährleistet.

FEBRUAR

Eidgenössische Abstimmung vom 09. Februar 2020

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»
Absage an die Planwirtschaft – nur die Begrenzung der Zuwanderung hilft gegen hohe Mieten
Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Februar 2020

Die SVP Schweiz ist erfreut, dass die Stimmbevölkerung die Scheinlösung erkannt und die Mieterverbandsinitiative abgelehnt hat. Das Problem der steigenden Wohnkosten lässt sich nur an der Wurzel lösen: Indem wir endlich für eine massvolle Zuwanderung sorgen, so wie dies die Begrenzungsinitiative will, über die am 17. Mai abgestimmt wird.

Glücklicherweise hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Gefährlichkeit der Mieterverbandsinitiative erkannt. Diese hätte das Problem der steigenden Wohnkosten nicht gelöst, sondern lediglich zur Verstaatlichung eines ganzen Sektors und zu einem bürokratischen Quotenwahnsinn geführt. Dass sich viele Menschen in der Schweiz angesichts der steigenden Mieten und Landpreise sorgen, ist für die SVP allerdings nachvollziehbar. Mit Planwirtschaft in bester DDR-Manier lässt sich das Problem jedoch nicht lösen. Wie die Staus auf den Strassen, die überfüllten und unpünktlichen Züge, die explodierenden Sozialkosten und die Zubetonierung der Landschaft sind auch die steigenden Wohnkosten eine direkte Folge der masslosen Zuwanderung

durch die Personenfreizügigkeit mit der EU. Diese Probleme können wir nur lösen, wenn wir die Ursache an der Wurzel packen und endlich die Zuwanderung auf ein für die kleine Schweiz und unsere Gesellschaft erträgliches Mass begrenzen. So wie dies die Begrenzungsinitiative will, über die wir Schweizerinnen und Schweizer abstimmen.

Die Spionage-Affäre ist lückenlos aufzuklären
Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Februar 2020

Die SVP Schweiz ist besorgt über den Reputationsschaden, den die Spionage-Affäre für die Schweiz als neutrales Land und international anerkannte Vermittlerin bedeuten könnte und fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe im Zusammenhang mit der Zuger Firma Crypto AG. Die Öffentlichkeit ist transparent über die Ergebnisse der Untersuchung zu informieren.

Gemäss Medienberichten sollen sowohl der amerikanische Geheimdienst CIA als auch der deutsche Nachrichtendienst BND durch die Zuger Firma Crypto AG jahrzehntelang zahlreiche Staaten ausspioniert haben. Die SVP Schweiz nimmt dies zur Kenntnis und fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse. Die Bundeshausfraktion der SVP prüft, ob dafür die vom Bundesrat bereits eingeleitete Untersuchung ausreicht, oder ob eine Parlamentarische Untersuchungskommission oder eine andere Spezialkommission einzurichten ist.

Die SVP Schweiz ist besorgt über den Reputationsschaden den die Spionage-Affäre für unser Land bedeuten kann. Äusserst positiv ist die rasche Reaktion von Wirtschaftsminister Guy Parmelin: Er reagierte sofort als er letztes Jahr vom VBS über die Spionage-Affäre in Kenntnis gesetzt wurde und sistierte umgehend die Generalausfuhrbewilligung der international tätigen Nachfolgefirma der Crypto AG.

Botschaft zur AP22+: Steigende Anforderungen ohne massgebliche Kompensation für den Bauernstand
Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Februar 2020

Der Bundesrat sieht im Schweizer Bauernstand eine «eierlegende Wollmilchsau». Mit der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) werden alle gesellschaftlichen Erwartungen an den Bauernstand delegiert. Mit gleichbleibenden Mitteln soll der Bauernstand die Wertschöpfung am Markt sowie die betriebliche Effizienz steigern, die Schweizer Natur pflegen und gleichzeitig die Umweltbelastung bei der Produktion von Nahrungsmittel reduzieren. Dabei fehlen weitgehend administrative Erleichterungen für den Bauernstand und belasten diesen weiterhin.

Die SVP begrüsst, dass Wirtschaftsminister Guy Parmelin gegenüber der ursprünglichen Vernehmlassungsvorlage erste Verbesserungen vorschlägt. Der Bauernstand muss aber seinen verfassungsmässigen Auftrag, die Ernährungssicherheit der Schweiz zu sichern, weiterhin wahrnehmen können. Der (Netto-)Selbstversorgungsgrad sinkt aber, dies auch weil die masslose Zuwanderung ungebremst weitergeht. 50’000 EU-Ausländer, welche jedes Jahr neu in die Schweiz zuwandern, müssen zusätzlich ernährt werden. Gleichzeitig hat die Landwirtschaft jedoch ihre Treibhausgasemissionen seit 1990 bis 2016 um 11% reduziert.

Das Volk muss über den Migrationspakt befinden
Medienmitteilung vom 17. Februar 2020

Die SVP reicht in der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates den Antrag ein, dass der Entscheid des Parlaments über den UNO-Migrationspakt dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist. Nur so können die Schweizer Steuerzahlenden bestimmen, die in jeder Hinsicht für die gravierenden Folgen dieses Paktes bezahlen müssen.

Eine Zustimmung zum UNO-Migrationspakt hätte für die Schweiz weitreichende Konsequenzen. Hat der Pakt doch «die sichere, geordnete und reguläre Migration» – insbesondere von Entwicklungsländern in reichere Länder mit ausgebauten Sozialsystemen – zum Ziel und soll Migranten ungeachtet ihrer Qualifikationen die Niederlassung in ihrem Wunschland deutlich erleichtern. So sollen beispielsweise legale Migrationsrouten geschaffen, in den Zielländern mittels Medienzensur für wohlwollende Berichterstattung gesorgt, der Familiennachzug deutlich erleichtert und der Geldtransfer ins Heimatland vergünstigt werden.

Der Bundesrat versucht erneut zu tricksen
Der Bundesrat wollte den Migrationspakt 2018 am Parlament vorbei schmuggeln. Dank dem Druck der SVP unterbreitet er den Migrationspakt nun zwar dem Bundesparlament. Er tut dies aber in Form eines einfachen Bundesbeschlusses – das heisst unter Ausschluss Volkes. Denn gegen einen einfachen Bundesbeschluss ist kein Referendum möglich.

Für die SVP ist jedoch klar: Die Schweizerinnen und Schweizer müssen sich zwingend zu diesem für die Schweiz gefährlichen Pakt äussern können. Denn die arbeitende und steuerzahlende Bevölkerung trägt letztlich die finanziellen und anderen Konsequenzen des Migrationspaktes. Art. 141 der Bundesverfassung sieht zudem für völkerrechtliche Verträge, die «wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten» zwingend das fakultative Referendum vor.

Endlich mehr Geld für die Schweizer Steuerzahler statt Milliarden ins Ausland bezahlen
Medienmitteilung vom 19. Februar 2020
Der Bundesrat will, dass sich die Schweiz mit insgesamt 297 Millionen Franken an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank beteiligt. Die SVP lehnt dies klar ab und fordert, dass diese Steuergelder in die AHV fliessen sollen.

Sei es in der Entwicklungshilfe, bei der Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt oder für die Unterstützung der EU-Oststaaten – der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus und zu wenig für die Schweizerinnen und Schweizer. Denn gleichzeitig fehlt im Inland das Geld zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes, der diese grosszügigen Ausland- und Asylgelder mit seinen Steuern und Lohnabzügen bezahlen muss.

Wir müssen endlich die Renten der Menschen in der Schweiz sichern
Das will die SVP ändern. Sie setzt sich daher vehement für die Sicherung der AHV-Renten der Menschen in der Schweiz ein – und zwar ohne, dass neue Steuern und Abgaben erhoben werden. Bereits letztes Jahr forderte die SVP, dass von den Milli-

arden, die der Bund jedes Jahr für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden soll.

Anders als in der Öffentlichkeit immer wieder behauptet, hat die SVP aufgrund des weltweit um sich greifenden Coronavirus den Bundesrat sehr früh dazu aufgerufen, sinnvolle Massnahmen zur deren Bekämpfung zu ergreifen, wie die nachstehende Medienmitteilung vom 24. Februar zeigt.

Die SVP fordert rigorose Kontrollen und medizinische Schnelltests an den Grenzen
Medienmitteilung vom 24. Februar 2020

Mit Besorgnis nimmt die SVP Schweiz Kenntnis von der Zunahme der Zahl am Coronavirus Erkrankter und Verstorbener in unserem südlichen Nachbarland Italien und insbesondere in der angrenzenden Lombardei. Aufgrund des intensiven Grenzverkehrs mit Italien fordert die SVP ab sofort strenge Grenzkontrollen. Einreisende sind medizinischen Schnelltests zu unterziehen und erkrankten Personen ist die Einreise zu verweigern.

Gemäss den neusten Meldungen steigt in unserem Nachbarland Italien die Zahl der am Coronavirus Erkrankten. Mittlerweile sind zudem fünf Personen verstorben. Offene Grenzen stehen einer effizienten Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus entgegen. Angesichts der täglich über 75'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die allein aus Italien in die Schweiz einreisen, reichen die von Bundesrat Alain Berset heute angekündigten Massnahmen nicht.

Die SVP Schweiz fordert deshalb den Bundesrat auf, an unseren Landesgrenzen sofort strenge Kontrollen durchzuführen und mit medizinischen Schnelltests kranke Personen zu identifizieren. Diesen ist die Einreise zu verweigern. Der Schutz der Schweizer Bevölkerung hat oberste Priorität.

Eigenverantwortung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern
Weiter fordert die SVP Schweiz den Bund und die Kantone auf, die Bevölkerung detailliert aber sachlich über das Virus, die Krankheitssymptome und über Verhaltensregeln aufzuklären und zu sensibilisieren. Im Kampf gegen die Verbreitung des Virus ist auch Eigenverantwortung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern gefordert.

Die Schweiz soll vorerst keine Asylbewerber mehr aus Italien aufnehmen
Medienmitteilung vom 27. Februar 2020

Die SVP Schweiz kritisiert den Entscheid der italienischen Behörden, wegen des Coronavirus keine Asylsuchenden aus anderen europäischen Ländern mehr zurück zu übernehmen. Aufgrund der steigenden Zahl an Erkrankten und Toten in unserem südlichen Nachbarland, fordert die SVP den Bund auf, aus Italien kommenden Asylbewerbern die Einreise zu verweigern.

In Italien ist inzwischen die Zahl der mit dem Coronavirus-Infizierten auf über 300 gestiegen. Zudem sind bereits 12 erkrankte Personen verstorben. Dass Italien deshalb die Rückübernahme von Asylbewerbern aus der Schweiz verweigert, ist nicht nachvollziehbar. Angesichts der raschen Ausbreitung des Virus in Italien wäre es jedoch sinnvoll, wenn die Schweiz aus dem südlichen Nachbarland kommenden Asylbewerbern bis auf weiteres ebenfalls die Einreise verweigert. Die SVP Schweiz fordert

das Staatssekretariat für Migration auf, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

MÄRZ

Die SVP fordert Antworten zur Absprache zwischen Bundespräsidentin Sommaruga und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. März 2020

Die SVP-Fraktion ist schockiert über die Absprache zwischen Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Auch zeigt sich die Fraktion entsetzt über die jüngsten Asyl-Urteile des Bundesverwaltungsgerichts. Die SVP verlangt an ihrer Sitzung entsprechend klare Antworten vom Bundesrat. Zudem nimmt die SVP mit Befremden vom Entscheid des Büros des Nationalrats Kenntnis, die Debatte über die Überbrückungsrente noch in dieser Session durchzudrücken und damit den teuersten bundesrätlichen Abstimmungskampf mit Steuergeldern zu unterstützen.

Mit der Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose macht der Bundesrat Stimmung gegen die Begrenzungsinitiative. Deshalb will er diese Entlassungsrente, ein untaugliches und mehrere hundert Millionen Franken teures neues Sozialwerk, in der Frühjahrssession durchpeitschen. Das ist unseriös. Die SVP hat deshalb beim Büro des Nationalrates die Abtraktandierung dieses Geschäfts beantragt, was das Büro abgelehnt hat. Dies nimmt die SVP-Fraktion mit Befremden zur Kenntnis. Denn der Bundesrat will den Sozialstaat einzig aus dem Grund ausbauen, um die Schweizerinnen und Schweizer am 17. Mai zu einem Nein zur Begrenzungsinitiative zu bewegen.

In ihrer Sitzung hat die SVP-Fraktion mehrere Vorstösse verabschiedet, die die Fraktion in der laufenden Session einreicht, darunter eine dringliche Interpellation zur geheimen Absprache zwischen Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen. Laut Medienberichten hat Bundespräsidentin Sommaruga darum gebeten, dass sich die EU bis zur Volksabstimmung über die Begrenzungsinitiative vom 17. Mai nicht einmischt. Dies mit dem Zweck zu verhindern, dass Äusserungen oder Druckversuche seitens der EU der Begrenzungsinitiative Auftrieb verleihen könnten.

Auch die Wirtschaft braucht Schutz vor den Folgen des Coronavirus

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. März 2020

Das Coronavirus führt für die Wirtschaft zu teilweise massiven Ausfällen. Die SVP fordert deshalb den Bundesrat auf, nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Arbeitsplätze in der Schweiz mit entsprechenden Massnahmen zu schützen.

Die Zahl, der mit dem Corona-Virus Infizierten steigt fast täglich. Die SVP begrüsst, dass der Bundesrat Massnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ergreift. Die aktuelle Situation macht jedoch nicht nur den Menschen zu schaffen. Auch die Wirtschaft leidet – vor allem das derzeit herrschende Verbot von grossen Veranstaltungen führt zu immensen Ausfällen. In erster Linie betroffen sind die Tourismus- und Gastrobranche sowie die Veranstalter von sportlichen und kulturellen Anlässen. Aber auch andere Branchen müssen grosse Verluste hinnehmen. Es droht ein grosser wirtschaftlicher Schaden und damit auch der Verlust von Arbeitsplätzen.

Deshalb fordert die SVP den Bundesrat auf, neben dem Schutz der Bevölkerung vor dem Virus auch die Konsequenzen für die Wirtschaft zu bedenken und entsprechende Massnahmen zu treffen. Konkret sind dies insbesondere die unbürokratische Genehmigung von Kurzarbeit und Insolvenzentschädigungen. Zudem sind die gesetzlichen Bestimmungen zu lockern, damit Unternehmen ihre Generalversammlungen vereinfacht durchführen können – beispielsweise online oder via unabhängige Stimmrechtsvertreter.

Der Bundesrat muss endlich Lösungen für die Menschen in der Schweiz bieten
Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. März 2020

Der Bundesrat unterstützt einmal mehr das Ausland mit Millionen an Steuergeldern der hart arbeitenden Schweizer Bevölkerung. Und dies in einer Zeit, in der immer mehr Schweizer Betriebe wegen des Corona Virus Probleme haben und Arbeitsplätze gefährdet sind. Die SVP kritisiert den bundesrätlichen Entscheid scharf und fordert sofort griffige, unbürokratische Massnahmen für das inländische Gewerbe.

Wie der Bundesrat heute mitgeteilt hat, steigt die Zahl der mit dem Corona Virus Erkrankten schnell. Damit bleiben Grossveranstaltungen bis auf weiteres verboten und kleinere Anlässe bewilligungspflichtig. Dies hat auch Auswirkungen auf Unternehmen, die Generalversammlungen durchführen müssten und dies nun nicht tun können. Zudem empfehlen die Gesundheitsbehörden den Arbeitnehmenden mittlerweile, nicht mehr zu Stosszeiten zu pendeln. Für die Schweizer Wirtschaft hat dies verheerende Folgen. Bereits mussten zahlreiche Betriebe Kurzarbeit anmelden oder stehen sogar vor dem Aus.

Dass der Bundesrat in dieser Situation einmal mehr zuerst das Ausland mit 9 Millionen Franken unterstützt, ist nicht nachvollziehbar. Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die durch das Corona Virus massive wirtschaftliche Probleme hinnehmen müssen.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, seinen Blick und seine Sorge endlich ins Inland zu lenken und den Menschen in der Schweiz neben effizientem Schutz auch schnell und unbürokratisch echte Lösungen und Hilfestellungen zu bieten.

Die SVP Schweiz verschiebt die Delegiertenversammlung vom 28. März
Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. März 2020

Aufgrund der aktuellen Lage findet die für den 28. März in Basel geplante Delegiertenversammlung der SVP Schweiz nicht statt. Der Parteileitungsausschuss hat heute entschieden, die Versammlung zu verschieben.

Um die Verbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen, dürfen gemäss den Gesundheitsbehörden aktuell keine Grossanlässe durchgeführt werden. Weil auch für die SVP Schweiz die Gesundheit der Bevölkerung Vorrang hat, hat der Parteileitungsausschuss an seiner heutigen Sitzung entschieden, die ursprünglich auf den 28. März angesetzte Delegiertenversammlung in Basel auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Das neue Datum wird rechtzeitig kommuniziert werden.

Die SVP fordert die Schliessung der Schweizer Grenze zu Italien
Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. März 2020

Angesichts der neusten Entwicklungen in der Corona-Krise, insbesondere der Lage in Italien, hat die Bundeshausfraktion der SVP in ihrer heutigen Sitzung die Forderung nach einer Schliessung der Grenze zum südlichen Nachbarland ausgesprochen. Zudem fordert die SVP vom Bundesrat ein Entlastungsprogramm für die betroffenen KMU.

Die italienische Regierung hat angesichts der Verbreitung des Coronavirus das ganze Land zur Sperrzone erklärt. Inzwischen hat die österreichische Regierung reagiert und seine Grenze zu Italien geschlossen. In die Schweiz kommen jeden Tag 68'000 italienische Grenzgänger. Die Bundeshausfraktion der SVP hat daher in ihrer heutigen Sitzung einstimmig die Forderung verabschiedet, die Grenze zu Italien zu schliessen. Dies unter Einsatz eines entsprechenden Aufgebotes der Armee. Im Falle der für die Tessiner Wirtschaft und für das Gesundheitswesen unentbehrlichen italienischen Arbeitskräfte, ist dafür zu sorgen, dass diese nicht nach Italien zurückkehren müssen.

Zudem fordert die SVP-Fraktion für den Erhalt der Arbeitsplätze ein schnelles, unbürokratisches Entlastungsprogramm. Denn die betroffenen KMU, insbesondere im Dienstleistungs- bzw. Tourismusbereich, leiden jetzt schon und werden künftig zunehmend massiv unter den durch das Corona-Virus verursachten Ausfällen leiden.

In der Frühlingssession berät das Parlament das CO2-Gesetz. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Abzocker- und Umerziehungsgesetz einstimmig ab. Linke und Grüne wollen mit diesem Gesetz die Bürgerinnen und Bürger umerziehen und den Schweizer Mittelstand noch stärker belasten. Geht es nach links-grün, dann sollen Heizöl und Gas sowie Benzin künftig 27,5 respektive 12 Rappen pro Liter teurer werden. Zusammen mit der geforderten Flugticketabgabe würden alleine diese Massnahmen für eine vierköpfige Familie zu einer Mehrbelastung von rund 1500 Franken pro Jahr führen. Und dies obwohl die Schweiz bereits heute ihren CO2-Ausstoss pro Kopf massiv reduziert hat und im internationalen Vergleich zu den Musterschülern gehört.

Frühjahrssession 2020 (2. März 2020 - 12. März 2020)

Aufgrund der sich rasch verändernden Situation rund um das Coronavirus haben die Ratsbüros am 15. März 2020, auf Antrag der Verwaltungsdelegation, den Entscheid gefällt, auf die dritte Sitzungswoche der Frühlingssession zu verzichten.

Parlament stellt sich hinter Industriestandort Schweiz

19.038 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative

19.4376 Mo. Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern

Eine Volksinitiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Darum will sie der Nationalbank und den Pensionskassen die Finanzierung von Unternehmen untersagen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Betroffen sind damit nicht nur Grossunternehmen, sondern auch mittelgrosse Firmen und KMU, welche als Zulieferbetriebe fungieren. Der Nationalrat empfiehlt diese für den Industriestandort Schweiz schädliche Initiative zur Ablehnung. Gleichzeitig pfeift er die Bundesverwaltung zurück und stellt sich hinter die PILATUS Flugzeugwerke. Ihnen war auf Grundlage des Söldnergesetzes verboten worden, Wartungsarbeiten in gewissen Staaten durchzuführen, obwohl die Flugzeuge seinerzeit mit einer Bewilligung des Bundes exportiert worden waren. Ein Unsinn, den der Bundesrat nun korrigieren muss.

Nationalrat hält an Verordnungsveto fest

14.422 Pa.Iv. Aeschi. Einführung des Verordnungsvetos

Mit dem Erlass von Verordnungen setzt der Bundesrat Gesetze um und präzisiert diese. Wenn er dabei seinen Entscheidungsspielraum überschreitet, hat das Parlament als Gesetzgeber heute kein griffiges Instrument, um Verordnungen des Bundesrates zu korrigieren. National- und Ständerat sind sich uneins, ob das Parlament – wie von der SVP vorgeschlagen – nun ein Vetorecht erhalten soll. Der Ständerat versteckt sich hinter der Ausrede, es sei zu kompliziert. Doch der Nationalrat beharrt darauf. Jetzt ist der Ständerat wieder am Zug.

Gewalt gegen Behörden und Beamte endlich härter bestrafen

16.496/16.501 Pa.Iv. Guhl/Romano Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Anpassung des Strafmasses in Artikel 285 StGB

Jedes Jahr nehmen Gewalttaten gegen Polizisten, Kondukteure, Buschauffeure und sogar Rettungssanitäter zu. Das haben nach der SVP nun auch endlich FDP und CVP erkannt. So will eine Mehrheit im Nationalrat, dass bei Gewalttaten gegen Behörden und Beamte eine Mindeststrafe von drei Tagen eingeführt wird. Damit kommen beispielsweise gewalttätige Demonstranten nicht mehr einfach mit einer Geldstrafe davon. Kein Wunder, lehnt die Linke das Anliegen ab.

Wehret den Anfängen: Mobility-Pricing vorerst vom Tisch

19.3741 Motion Müller Damian Mobility-Pricing schafft Fairness in der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Weil Elektroautos keine Mineralölsteuern zahlen, will Ständerat Damian Müller, dass diese anderweitigen Abgaben entrichten. Aber Achtung: Hinter dem Stichwort «Mobility Pricing» versteckt sich ein folgenschweres Konzept, nämlich die Besteuerung abhängig von gefahrenen Kilometern, der Tageszeit, je nach Strasse und Ort. Angesichts der linken Verkehrspolitik in vielen Städten würde dies den Individualverkehr für Normalbürger unerschwinglichen machen. Das Pendeln aus Randregionen könnte sich niemand mehr leisten oder wäre nur noch zu Randzeiten möglich. Darum ist richtig, dass der Ständerat diesem Ansinnen eine Abfuhr erteilte.

Teure Entlassungsrente für den Abstimmungskampf gegen die SVP-Begrenzungsinitiative

19.051 Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz

Anstatt mit der Begrenzungsinitiative endlich die Zuwanderung zu begrenzen, damit ältere Arbeitnehmende nicht mehr durch billige EU-Ausländer ersetzt werden, stampft das Parlament im Eiltempo eine neue Sozialversicherung aus dem Boden. So sollen ältere Arbeitslose vom Staat Almosen erhalten, obwohl sie arbeiten möchten. Die SVP warnte vergebens vor den negativen Seiten dieser «Entlassungsrente»:

Unternehmen erhalten Fehlanreize, weil sie ältere Arbeitnehmer kurz vor der Pensionierung ohne schlechtes Gewissen entlassen und durch jüngere, billigere EU-Ausländer ersetzen können. Jedes Jahr werden hunderte von Millionen Franken für eine neue Rente ausgegeben, statt zuerst die AHV und die zweite Säule zu sanieren.
Das Problem der ungebremsten Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt geht weiter und verschärft das Problem der Altersarbeitslosigkeit – ein Fass ohne Boden!
Einer Mehrheit aus SP, Grünen, CVP und FDP scheint für den Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU jedes Mittel recht. Bei der Überbrückungsrente handelt sich um den teuersten Abstimmungskampf der Schweizer Geschichte.

Unternehmensstandort Schweiz in Gefahr

17.060 Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative

16.077 OR. Aktienrecht

Die Unternehmensverantwortungs-Initiative will, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz für alle weltweiten Aktivitäten ihrer Tochtergesellschaften haften.

Ausländische Umweltverbände oder Gewerkschaften könnten in der Schweiz ansässige Unternehmen an einem Schweizer Gericht einklagen für Vorgänge, die sich im Ausland abspielen und eigentlich dort nach lokalem Recht beurteilt werden müssten. Über Nacht würde sich die Schweiz zu einem sehr unattraktiven Standort für internationale Firmen machen. Zwar empfiehlt das Parlament die Volksinitiative zur Ablehnung, streitet sich nun aber über die Ausgestaltung eines indirekten Gegenvorschlags. Während der Gegenvorschlag des Nationalrats praktisch einer Umsetzung der Initiative gleichkommt und weitgehende Haftungsregeln vorschreibt, will jener des Ständerates, dass die Unternehmen eingehender Bericht erstatten müssen. Zwischen diesen beiden Optionen unterstützt SVP den Gegenvorschlag des Ständerates, möchte die Initiative aber eigentlich ohne Gegenvorschlag vors Volk bringen.

Schweizer Neutralität in Gefahr

18.4123 Mo. Fraktion V. Verzicht auf eine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat

Die Rolle des UNO-Sicherheitsrates ist es, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Kein Ort für ein neutrales Land wie die Schweiz, möchte man meinen. Doch ausser der SVP scheinen alle Parteien mit den Grossen und Mächtigen dieser Welt am Tisch sitzen zu wollen, ungeachtet der folgenschweren politischen Konsequenzen, die diese Machtspielchen haben können. So lehnt eine Mehrheit des Nationalrates einen Vorstoss der SVP ab, der es dem Bundesrat verbieten wollte, sich für den UNO-Sicherheitsrat zu bewerben.

Noch mehr Wirtschaftsmigranten in der Schweiz?

18.4141 Mo. Fraktion V. UNO-Flüchtlingspakt. Rückzug der Schweiz

Alle Parteien ausser der SVP lehnen es ab, dass sich die Schweiz aus dem UNO-Flüchtlingspakt zurückzieht, den der Bundesrat vergangenes Jahr quasi auf dem Korrespondenzweg genehmigte. Dieser Pakt will unter anderem, dass die Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund anerkannt werden und sich die Schweiz an Programmen beteiligt, um Migranten aktiv in die Schweiz zu holen.

Die SVP Schweiz fordert den sofortigen Schutz der Bevölkerung
Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. März 2020

Mit grosser Besorgnis beobachtet die SVP Schweiz die rasend schnelle Verbreitung des Corona-Virus. Sie fordert deshalb den Bundesrat auf, zum Schutz der Bevölkerung nun sofort alle Grenzübergänge für den Personenverkehr zu schliessen und die Not- und Armeespitäler für den Ernstfall vorzubereiten.

Die Lage ist ernst: Das Corona-Virus verbreitet sich in rasantem Tempo. Der Bundesrat muss nun alles daransetzen, die Bevölkerung in der Schweiz zu schützen. Dass die Grenze zu Italien schon längst hätte geschlossen werden müssen, räumte sogar Aussenminister Ignazio Cassis unlängst öffentlich ein.

Deshalb fordert die SVP Schweiz den Bundesrat auf, nun sämtliche Grenzen zu unseren Nachbarländern für den Personenverkehr zu schliessen. Einzig der Warenverkehr ist noch aufrecht zu erhalten. Im Falle der für das Gesundheitswesen unentbehrlichen Arbeitskräften, ist dafür zu sorgen, dass diese hierbleiben können. Beispielsweise in dem sie in derzeit leerstehenden Hotels untergebracht werden.

Die SVP begrüsst die Beschlüsse des Bundesrates
Medienmitteilung vom 13. März 2020

Der Bundesrat hat einschneidende aber wichtige Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Die SVP Schweiz begrüsst dies ebenso wie den Entscheid des Bundesrates, die Wirtschaft mit 10 Milliarden Franken zu unterstützen. Auch geht die Einführung von Grenzkontrollen in die richtige Richtung. Die SVP hält jedoch an ihrer Forderung nach einer Grenzschliessung fest.

Angesichts der rasanten Ausbreitung des Corona-Virus hat die SVP Schweiz in den vergangenen Tagen den Bundesrat zum Handeln aufgefordert. Dies, um die Bevölkerung zu schützen sowie um die massiven negativen Folgen für die von der Krise betroffenen KMU abzufedern. Die SVP begrüsst nun die heute vom Bundesrat getroffenen Massnahmen.

Für die SVP gehen die getroffenen Massnahmen mit Kontrollen an den Grenzen zu unseren Nachbarländern zwar in die richtige Richtung. Sie verlangt aber weiterhin die Schliessung der Grenzen. Die SVP begrüsst hingegen, dass der Bundesrat den Gesundheitstourismus in die Schweiz per sofort stoppt. Die SVP nimmt zudem erleichtert zur Kenntnis, dass der Bundesrat den von der Corona-Krise betroffenen KMU schnell und unbürokratisch helfen will und für diese Soforthilfe bis zu 10 Milliarden Franken zur Verfügung stellt.

Die SVP ruft die Schweizer Bevölkerung zur Solidarität auf – vor allem mit älteren und vulnerablen Personen. Dies in dem sich nun alle ohne Wenn und Aber an die Massnahmen der Behörden halten. Die SVP dankt allen Mitarbeitenden, die derzeit im Gesundheitswesen, an den Grenzposten und in anderen direkt betroffenen Bereichen täglich im Kampf gegen das Virus stehen.

Die Versorgung der Schweizer Bevölkerung hat jetzt oberste Priorität
Medienmitteilung vom 15. März 2020

Nach den vom Bundesrat kommunizierten verschärften Massnahmen bezüglich des Corona-Virus hat für die SVP Schweiz die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Schweizer Bevölkerung oberste Priorität. Dafür sind sowohl die inländische Produktion zu intensivieren und prioritär die Schweiz zu beliefern, als auch die guten Beziehungen zu China zu nutzen.

Das Corona-Virus verbreitet sich rasend schnell, mittlerweile sind sämtliche Schweizer Kantone betroffen. Für die SVP Schweiz hat neben dem Schutz der Bevölkerung die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung oberste Priorität. Um die Ansteckung einzudämmen, sind nun alle Menschen in der Schweiz gefordert, die Weisungen und Empfehlungen der Behörden strikt zu befolgen.

Die Produktion dringend benötigter Tests und Geräte ist zu intensivieren
Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung muss der Bund Firmen mit Schweizer Produktion von dringend benötigten Produkten wie Schnelltests, Beatmungsgeräten, Intensivpflege-Einheiten, medizinischer Schutzkleidung und anderen kritischen Gütern verpflichten, ihre Produktion sofort zu intensivieren und prioritär die Schweiz zu beliefern. Zudem muss der Bund dafür sorgen, dass die Bettenkapazitäten schnellstmöglich erweitert und die Schweizer Spitäler mit den nötigen Geräten und Mitteln versorgt werden.

Zusätzlich fordert die SVP Schweiz, dass der Bundesrat die bestehenden guten Beziehungen der Schweiz zu China sowohl im diplomatischen wie auch im karitativen Bereich nutzt. Dies mit dem Ziel, von China zusätzliche, dort nicht mehr benötigte, Beatmungsgeräte und sonstige Medizinalgüter zu erhalten.

800 Corona-Neuinfektionen binnen eines Tages – der Bundesrat muss nun die Massnahmen deutlich verschärfen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. März 2020

Die Corona-Krise eskaliert nicht nur weltweit, sondern auch in der Schweiz. Innerhalb nur eines Tages hat sich die Zahl der Corona-Infizierten um 800 Personen erhöht. Die SVP Schweiz fordert den Bundesrat deshalb auf, unmittelbar noch wirksamere Massnahmen zum Schutz der Menschen in unserem Land zu verordnen.

Die SVP Schweiz unterstützt den Bundesrat in seinen Bestrebungen, die Menschen in der Schweiz zu schützen und die Verbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen. Sie ruft dringend alle dazu auf, die Anordnungen und Empfehlungen der Behörden zu befolgen.

Die Schweiz hat weltweit eine der höchsten Infektionsraten pro Kopf. Zudem verbreitet sich das Corona-Virus bei uns gleich dramatisch wie dies in Italien der Fall ist. Deshalb muss der Bundesrat nun dringend die Massnahmen verschärfen. Die Ausbreitung des Virus muss zwingend verlangsamt werden, damit unser Gesundheitssystem nicht zusammenbricht. Deshalb fordert die SVP den Bundesrat auf, die Massnahmen, welche die Kantone Tessin und Basel-Landschaft verordnet haben, auf die ganze Schweiz auszudehnen. Dabei sind die medizinische Grundversorgung und die Versorgung der Menschen mit dem Lebensnotwendigen sicherzustellen. Weiter erneuert die SVP Schweiz ihre bereits mehrfach gestellte Forderung, sämtliche Binnengrenzen umgehend zu schliessen.

Albert Rösti bleibt bis auf Weiteres Parteipräsident
Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. März 2020

Wegen des Corona-Virus hat der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz entschieden, nach der Absage der Delegiertenversammlung nun auch die Gremiensitzungen abzusagen. Auf Antrag des Parteileitungsausschusses hat sich Nationalrat Albert Rösti bereit erklärt, seine Amtszeit als Parteipräsident zu verlängern, bis wieder ordentliche Wahlen durchgeführt werden können.

Angesichts der gestern vom Bundesrat angeordneten Massnahmen in Zusammenhang mit dem Corona-Virus hat der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz entschieden, sämtliche für den 27. März 2020 geplanten Gremiensitzungen und die damit verbundenen ordentlichen Wahlen abzusagen. Diese finden – wie die ursprünglich für den 28. März 2020 geplante ordentliche Delegiertenversammlung – zu einem späteren, noch zu definierenden Zeitpunkt statt.

Verschiebung der Abstimmung vom 17. Mai – die SVP Schweiz steht hinter dem Entscheid des Bundesrates
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. März 2020

Der Bundesrat hat entschieden, die Volksabstimmung vom 17. Mai nicht durchzuführen. Die SVP Schweiz nimmt dies zur Kenntnis und steht hinter dem bundesrätlichen Entscheid. Die Menschen in der Schweiz haben in der aktuellen Corona-Krise dringendere Probleme als die Frage, wann eine Abstimmung stattfindet.

Die vom Bundesrat zur Eindämmung des Corona-Virus beschlossenen Massnahmen wirken sich auch auf die direkte Demokratie aus. So hat der Bundesrat entschieden, dass die für den 17. Mai vorgesehene eidgenössische Volksabstimmung verschoben wird.

Bundesräte Parmelin und Maurer helfen der Wirtschaft schnell und unkompliziert
Medienmitteilung vom 20. März 2020

Die SVP Schweiz begrüsst die schnelle und unkomplizierte Unterstützung, die der Bundesrat den kleinen und mittleren Unternehmen gewähren will. Diese Hilfe ist dringend nötig, um Existenzen und Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Mit grosser Erleichterung nimmt die SVP Schweiz Kenntnis von der Soforthilfe in der Höhe von insgesamt 42 Milliarden Franken, die der Bundesrat den durch die Corona-Krise in ihrer Existenz bedrohten kleinen und mittleren Betrieben zugesichert hat. Die SVP Schweiz begrüsst, die unkomplizierte Gewährung von Krediten über die Banken zur Sicherung der nötigen Liquidität, damit die Wirtschaft nicht ganz zum Erliegen kommt. Besonders begrüsst die SVP zudem, dass auch eine Erwerbsersatzlösung für Selbstständigerwerbende erarbeitet wurde. Dank dem von der SVP immer konsequent vertretenen Schuldenabbau in den Jahren der Hochkonjunktur und der Schuldenbremse ist der Bund heute in der Lage diese wichtige finanzielle Hilfe zu leisten.

Die SVP dankt ihren Bundesräten Guy Parmelin und Ueli Maurer für diese schnelle, unbürokratische und innovative Lösung – hier wurde ganze Arbeit geleistet.
Die SVP Schweiz begrüsst zudem, dass der Bundesrat auf eine Ausgangssperre für die ganze Bevölkerung verzichtet. Es ist jetzt wichtig, dass die Unternehmungen, die unter Einhaltung der Abstandsregeln und der Hygienemassnahmen noch arbeiten dürfen, die Produktion aufrechterhalten, um nicht noch mehr Wertschöpfung zu verlieren. Dies gilt besonders für die Baustellen. Deren Einstellung gilt es nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die SVP lehnt eine ausserordentliche Session während der Dauer des Notstandes als unnötig und verantwortungslos ab
Auszug der Medienmitteilung vom 26. März 2020

Die SVP spricht sich für die Durchführung einer ausserordentlichen Session anfangs Mai aus. Dies allerdings nur unter der Bedingung, dass der Bundesrat den Notstand am 19. April aufhebt. Eine Session ohne Beschlussfassungskompetenz würde bei einer Verlängerung des Notstandes nur Verwirrung bringen, die Durchsetzung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Massnahmen verhindern und die wirtschaftliche Unsicherheit vergrössern. Zudem ist eine nicht dringend notwendige Session ohne Verletzung des Versammlungsverbots nicht möglich und verantwortungslos.

Die SVP fordert eine klare wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategie für die Zeit nach dem 19. April
Medienkonferenz vom 31. März 2020

Das Corona-Virus ist hoch ansteckend, aber in erster Linie für ältere und für Menschen mit besonderen Vorerkrankungen gefährlich. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit war die Hälfte der am Corona-Virus Verstorbenen über 80 Jahre alt. Die vom Bund via Notrecht bis zum 19. April 2020 getroffenen Massnahmen schützen diese vulnerable Bevölkerungsgruppe. Gleichzeitig verursachen sie massive Schäden für Wirtschaft, Arbeitnehmer, Arbeitgeber, ja für unser ganzes Land. Daher stellt sich heute nicht nur die dringende Frage, wie die Schweizer Bevölkerung ab dem 19. April 2020 zu schützen ist, sondern auch, wie dies zu geschehen hat, ohne dass die wirtschaftlichen Folgeschäden noch grösser werden. Die SVP-Fraktion fordert eine klare wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategie für die Schweiz nach dem 19. April 2020.

Als Folge der Corona-Pandemie hat der Bundesrat ab dem 16. März 2020 basierend auf dem Epidemiengesetz weitgehende notrechtliche Massnahmen zum Schutz der Menschen und des Gesundheitswesens vor der Corona-Epidemie verordnet. Diese Massnahmen gelten aktuell bis zum 19. April 2020. Sie sind ein einschneidender Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger und eine massive Intervention in die Wirtschaft. Zudem setzen sie die schweizerische Staatsordnung und den Rechtsstaat weitgehend ausser Kraft.

Um die durch diese Massnahmen entstehenden Schäden für die Wirtschaft zu mildern, beschloss der Bund ein Notprogramm von 42 Milliarden Franken. Kantone und Gemeinden beschlossen zusätzliche Massnahmen. Darüber hinaus muss nun aber dringend die Planung für die Zeit nach dem 19. April 2020 an die Hand genommen werden, da uns Massenarbeitslosigkeit und Firmenzusammenbrüche drohen.

Die Bundeshausfraktion der SVP hat verschiedene Szenarien abgewogen und sich für eine Strategie ausgesprochen, die einen zielgerichteten Schutz für die Menschen bietet und gleichzeitig die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ermöglicht.

Zudem sind die nun festgestellten Mängel in der Krisenvorsorge sofort zu beheben. Dies gilt vor allem für die Beschaffung von Schutzmasken und -kleidung, von Tests sowie von Beatmungsgeräten. Dieser Forderung ist höchste Priorität einzuräumen.

Die SVP schlägt den anderen bürgerlichen Parteien und den Verbänden vor, diese wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategie für die Zeit nach dem 19. April 2020 gemeinsam zu diskutieren und zu beschliessen.

APRIL

Weitere wirtschaftliche Verluste sind im Interesse der Gesundheit zu vermeiden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. April 2020

Die SVP Fraktion stellt fest, dass die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Corona greifen und die Spitalkapazitäten im ganzen Land ausreichen oder noch Reserven aufweisen. Gleichzeitig zeigt sich die Fraktion hoch besorgt über den täglich exponentiell wachsenden wirtschaftlich grössten Schaden seit dem zweiten Weltkrieg in zweistelliger Milliardenhöhe. Vor diesem Hintergrund erwartet die SVP die Umsetzung der bereits kommunizierten Exitstrategie aus der Notlage per 20. April. Den entsprechenden branchenspezifischen Anträgen der Sozialpartner zur Öffnung mit spezifischen Schutzmassnahmen ist an der morgigen Bundesratssitzung unbedingt Rechnung zu tragen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise bringt noch mehr Zuwanderung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 14. April 2020

Die Zuwanderung geht ungebrochen weiter: Auch 2019 sind netto erneut fast so viele Menschen in die Schweiz eingewandert, wie die Stadt Biel Einwohner hat. Mittlerweile leben über 8,6 Millionen Menschen in unserem kleinen Land. Im Zuge der weltweiten, durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen, Wirtschaftskrise wird der Migrationsdruck auf die Schweiz noch weiter steigen. Angesichts der auch in der Schweiz steigenden Arbeitslosenzahlen ist dieser grenzenlosen Zuwanderung endlich ein Riegel zu schieben. Die Begrenzungsinitiative ist damit aktueller denn je.

Jetzt müssen wir zuerst den Menschen in der Schweiz helfen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. April 2020

Durch die Corona-Pandemie nimmt die Armut in der Schweiz zu. Wegen dem Lockdown stehen tausende Menschen vor dem finanziellen Ruin. Gleichzeitig explodiert die Staatsverschuldung. Angesichts dieser Wirtschaftskrise darf es nicht sein, dass die Schweiz Milliarden von Steuerfranken ins Ausland verschenkt. Die SVP fordert deshalb in der aussenpolitischen Kommission die Halbierung der Entwicklungsgelder von mehr als 11 Milliarden Franken. Diese Steuergelder müssen jetzt den Menschen in Not in der Schweiz zugutekommen.

Die Lage der Schweizer Wirtschaft ist dramatisch. Für viele Menschen in unserem Land hat dies katastrophale Folgen. Sie haben weniger Lohn oder gar keine Einnahmen mehr, viele stehen vor dem Nichts. In dieser Situation darf es nicht sein, dass der Bund weiter macht wie bisher und Milliarden von Steuerfranken ins Ausland bezahlt. Dieses Geld muss in der aktuellen Krise dem zugutekommen, dem es gehört: dem Schweizer Volk.

Die SVP fordert per 11. Mai eine Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen für die meisten Betriebe

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. April 2020

Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass ab dem 11. Mai grundsätzlich sämtliche Geschäfte und die Gastronomie wieder öffnen können. Dies fordern die SVP-Vertreter

in der heutigen Sitzung der nationalrätlichen Wirtschaftskommission. Denn jeder zusätzliche Tag, den die Geschäfte geschlossen bleiben müssen, kostet die Schweizer Volkswirtschaft hunderte Millionen von Franken, führt zu Konkursen, steigender Arbeitslosigkeit und Armut. Angesichts dieser Lage ist es in höchstem Masse unverständlich, dass die Mehrheit der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates weitere 100 Millionen Franken an Steuergeldern ins Ausland verschenken will.

Die Massnahmen des Bundesrates zum Schutz vor dem Corona-Virus waren zwar wichtig. Die Folgen für die Wirtschaft sind jedoch verheerend: Mittlerweile sind mehr als 30 Prozent der Schweizer Arbeitnehmenden in Kurzarbeit. Zehntausende Menschen haben bereits ihre Arbeit verloren und Experten prognostizieren eine Arbeitslosenquote von bis zu 7 Prozent. Durch die Krise stehen tausende Menschen vor dem finanziellen Ruin. Da ist es in keiner Weise nachvollziehbar, dass die Mehrheit der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates zuerst ans Ausland denkt und die Hilfsgelder um weitere 100 Millionen Steuerfranken aufstocken will. Angesichts der Not, in der sich viele Menschen in der Schweiz befinden, müssen wir nun zwingend zuerst unserer Bevölkerung helfen.

Ausländische Kriminelle dürfen nicht von Corona profitieren
Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. April 2020

Statt den verfassungsmässigen Auftrag zu erfüllen und die Menschen in der Schweiz vor kriminellen Ausländern zu schützen, werden diese in der Corona-Krise einfach auf freien Fuss gesetzt und können mit Billigung von Justiz und Behörden untertauchen.

Die SVP forderte in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates erfolglos, bei verurteilten Kriminellen die Haft zu verlängern sowie andere Ausreisepflichtige zu überwachen und ihnen so ein Untertauchen zu erschweren. Die Kommissionsmehrheit betreibt offenbar lieber Täterschutz und lehnte die Anträge der SVP ab.

Das strenge Grenzregime muss zum Schutz der Gesundheit und der Schweizer Arbeitnehmenden beibehalten werden
Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. April 2020

Bei den Lockerungen für die Geschäfte und die Gastronomie hat der Bundesrat die Forderungen der SVP weitgehend erfüllt. Verantwortungslos ist hingegen, dass er das Grenzregime bereits wieder lockern und trotz zehntausender arbeitsloser Schweizerinnen und Schweizer noch mehr ausländische Arbeitskräfte ins Land lassen will.

Aus Sicht der SVP ist es verantwortungslos, dass der Bundesrat die Einreisebestimmungen für Grenzgänger bereits am 11. Mai wieder lockern will. Dies zumal er die Lockerungen für die Wirtschaft zu langsam und zu zögerlich umgesetzt hat, um eine zweite Ansteckungswelle zu verhindern. Ein Zögern, das die schweizerische Volkswirtschaft wöchentlich mehrere Milliarden Franken kostet. Die SVP fordert die unbedingte Beibehaltung der Grenzkontrollen – nur virusfreien Personen ist die Einreise zu gestatten.

Unverständlich ist auch der Entscheid, vor März gestellte Arbeitsgesuche aus EU- und EFTA-Staaten schnell zu behandeln. In der aktuellen Wirtschaftskrise, in der mehr als jeder Dritte Schweizer Arbeitnehmende in Kurzarbeit ist und Experten eine Arbeitslosenquote von bis zu 7 Prozent prognostizieren, müssen zuerst arbeitslose Schweizer eingestellt und sicher nicht noch mehr billige EU-Arbeitskräfte ins Land geholt werden.

Die Kontrolle der Zuwanderung ist dringender denn je

Schliesslich begrüsst die SVP den Entscheid des Bundesrates, dass die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative am 27. September 2020 stattfinden wird. Angesichts der durch die Corona-Pandemie ausgelösten weltweiten Rezession braucht die Schweiz heute dringender denn je eine kontrollierte und massvolle Zuwanderung. Bereits in wirtschaftlich «guten» Zeiten kamen innerhalb von 13 Jahren eine Million Menschen – die Mehrheit davon aus der EU – in unser kleines Land, um hier Arbeit oder einen Platz in unserem Sozialsystem zu finden. Jetzt nimmt in all unseren Nachbarstaaten die Arbeitslosigkeit stark zu und es ist davon auszugehen, dass künftig noch mehr Menschen aus diesen Ländern in die Schweiz drängen – wegen der Personenfreizügigkeit kann sie niemand aufhalten. Und dies in einer Zeit, in der auch in der Schweiz zehntausende Menschen arbeitslos sind und mit mehr Armut und explodierenden Sozialkosten zu rechnen ist.

MAI

Das Notrecht ist dringend aufzuheben und der Angriff auf die Eigentumsgarantie entschieden abzuwehren
Auszug aus der Medienkonferenz vom 2. Mai 2020

Die weitgehende Stilllegung der Wirtschaft kostet die Schweiz 6 Milliarden Franken pro Woche. Die SVP-Fraktion fordert, das Notrecht dringend aufzuheben, auf weitere planwirtschaftliche, zentralistische Eingriffe zu verzichten und die verfassungsmässige Ordnung wiederherzustellen. Vor allem dürfen jetzt keine weiteren Gelder mehr unter Notrecht gesprochen werden. Zudem wird die SVP-Fraktion in der ausserordentlichen Session alle Bestrebungen entschieden bekämpfen, die einen staatlich verordneten Mietzinsverzicht fordern. Ein solches Gesetz wäre nichts anderes als eine staatlich angeordnete Enteignung. Eine Volksabstimmung über diesen massiven Eingriff in die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte wäre zwingend.

Die Massnahmen des Bundesrates zum Schutz vor dem Corona-Virus haben dramatische Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Gegen zwei Millionen Menschen, also mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmenden, sind in Kurzarbeit, über 150’000 Menschen sind arbeitslos. Der vom Bundesrat via Notrecht verordnete Stillstand eines grossen Teils unserer Wirtschaft und des öffentlichen Lebens kostet 6 Milliarden Franken pro Woche.

Damit diese Schäden nicht noch grösser werden, hat die SVP als erste Partei am 31. März 2020 eine Strategie zum Schutz der Bevölkerung unter Minimierung der wirtschaftlichen Schäden präsentiert. Mittlerweile weiss man mehr über die Corona-Pandemie. Die prognostizierte Katastrophe ist nicht eingetroffen.

Ausserordentliche Session 2020 (4. Mai 2020 - 6. Mai 2020)

Rückblick auf die vergangene ausserordentliche Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Nationalrätin Céline Amaudruz (GE).

Parlament stellt sich mehrheitlich hinter Öffnungsplan der SVP

20.2133/20.3159 Mo. WAK Smart Restar
20.3134/20.3160 Mo. WAK Etappierte Aufhebung des gastgewerblichen Stillstands

Bereits am 31. März 2020 präsentierte die SVP dem Bundesrat eine Strategie zur schrittweisen Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung. Der Druck zeigt allmählich Wirkung: Ab nächstem Montag, 11. Mai 2020 können nun endlich der Detailhandel und die Restaurants wieder öffnen. Auch eine klare Mehrheit des Parlaments stützt den Kurs der SVP und nimmt entsprechende Vorstösse an, die eine schnellere Rückkehr zur Normalität – unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln – fordern.

Geschäftsmieten: Eigentumsgarantie (vorerst) nicht verletzt

20.3142 Mo. WAK-NR Miete im Gastgewerbe. Die Mieter sollen nur 30 Prozent der Miete schulden

20.3161 Mo. WAK-SR. Geschäftsmieten

Die SVP hat Verständnis für die Existenzängste vieler Betriebe. Deshalb hat sie bereits am 31. März eine Strategiezur schrittweisen Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung verlangt und während der ausserordentlichen Session die rasche Aufhebung des Notrechts gefordert. Wichtig ist, dass die Betriebe rasch wieder funktionieren können. Die im Parlament eingereichten Kommissionsmotionen, die einen staatlich verordneten Mietzinsverzicht fordern, sind aber nichts anderes als eine staatlich angeordnete Enteignung und ein massiver Eingriff in die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte. Damit würde die Büchse der Pandora geöffnet, ist doch die Eigentumsgarantie die Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Voraussetzung für die Gewährleistung der öffentlichen Wohlfahrt. Mit Überbrückungskrediten, Erwerbsersatz für Selbständige und Kurzarbeitsentschädigung wurde eine gute Abfederung für die betroffenen Betriebe beschlossen.

Grenzenlose Spendierfreudigkeit des Parlaments

20.007 Voranschlag 2020. Nachtrag I

Rund 60 Milliarden Franken bewilligten National- und Ständerat in dieser Session im Eilzugstempo. Dabei geht es um notwendige Abfederungsmassnahmen wie die Darlehen für KMU (Bürgschaftskredite über 40 Mia. Franken), Finanzspritzen für die Arbeitslosenversicherung (6 Mia. Franken) und die EO (5.3 Mia. Franken), sowie Garantien für die gebeutelten Fluggesellschaften SWISS und Edelweiss (1.275 Mia. Franken). Doch gleichzeitig werden auch anderweitige finanzielle Begehrlichkeiten im

Zuge der Corona-Krise gegen den Willen der SVP einfach durchgewinkt: Schutzmasken werden für komplett überzogene Preise eingekauft und die Berner Messe verlangt Wucherpreise für die Räumlichkeiten für National- und Ständerat, die ausserhalb des Bundeshauses tagen mussten (3 Mio. Franken für nur drei Tage).

Parlament setzt Schweizer Arbeitslose der EU-Billig-Konkurrenz aus

20.3130 Mo. APK-NR. Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit

Die Kontrolle der Landesgrenze hat nicht nur einen grossen Beitrag zur Eindämmung des Coronavirus beigetragen, auch die grenzüberschreitende Kriminalität ist eingebrochen und die Personenfreizügigkeit wurde faktisch ausser Kraft gesetzt. Statt die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abzuwarten, fordert eine Mehrheit des Nationalrats bereits die Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit. Die wegen der Corona-Krise immer zahlreicher werdenden Schweizer Arbeitslosen (aktuell sind schon mehr als 150’000 Personen arbeitslos) werden damit schonungslos der Billig-Konkurrenz aus der EU ausgeliefert. Da bleibt nur eins: Ein JA zur Begrenzungs-Initiative am 27. September 2020!

Mehr Geld ins Ausland statt für die Schweizerinnen und Schweizer

20.3131 Mo. APK-NR Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe

Ein Rekordbudget zur Abfederung der Corona-Krise, steigende Arbeitslosenzahlen, tausende drohende Konkurse – die Zeichen stehen klar auf Sturm. Doch die anderen Parteien wollen die Auslandhilfe um weitere 100 Millionen Franken aufstocken. Die SVP fordert leider ohne Erfolg, dass zuerst die Krise in der Schweiz überwunden sein müsse, bevor sich die Schweiz im Ausland grosszügig zeigen und Steuergelder verschenken kann.

Noch mehr Steuergelder für die Medien…

20.3145 / 20.3154 Mo. KVF. Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie

Zahlreiche Unternehmen müssen den Gürtel enger schnallen. Das spüren auch die Medien. Sie verzeichnen weniger Buchungen von Inseraten und Werbung. Doch anstatt eigenverantwortlich Lösungen zu suchen, machen sie lieber beim Steuerzahler die hohle Hand. Es versteht sich von selbst, dass nur die SVP und eine paar vereinzelte andere Bürgerliche den Mut haben, dieser Forderung eine Abfuhr zu erteilen. Die Classe politique will sich lieber mit den Journalisten gut stellen, egal wenn es zig Millionen an Steuerfranken kostet.

…und auch die Kitas erhalten einen grosszügigen Zustupf

20.3128/20.3129 Mo. WBK. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht

Jede Branche scheint sich in der Corona-Krise vom Staat entschädigen lassen zu wollen. Kinderkrippen fallen klar in die Zuständigkeit von Kantonen und Gemeinden. Dennoch will eine Mehrheit des Parlaments gegen den Willen der SVP, dass der Bund

einen Drittel der Ertragsausfälle von Kitas übernehmen soll. Die Grosszügigkeit scheint dieser Tage grenzenlos, solange es sich um das Geld anderer handelt.

Rekordwachstum bei der Zuwanderung – ein Ja zur Begrenzungsinitiative schützt die Menschen in der Schweiz vor Arbeitslosigkeit und Armut
Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Mai 2020

Laut den neusten Zahlen des Bundes stieg die Nettozuwanderung aus der EU in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 45 Prozent. Noch nie seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Nettozuwanderung im Vergleich zum Vorjahr derart stark angestiegen. Die Schweiz muss sich auf eine Zuwanderungswelle gefasst machen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise und der massiven Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten wird sich ein Grossteil der Menschen dort aufmachen, um in der Schweiz um jeden Preis und zu jedem Lohn Arbeit oder einen Platz in unserem Sozialsystem zu finden. Zum Schutz der Menschen in der Schweiz vor Arbeitslosigkeit und Armut müssen wir jetzt dringend die Zuwanderung begrenzen.

Wie der Statistik des Staatssekretariates für Migration zu entnehmen ist, steigen die Zuwanderungszahlen im Vergleich zum letzten Jahr massiv an. Allein im ersten Quartal dieses Jahres betrug die Nettozuwanderung insgesamt 18’386 Personen. Die Hauptursache dafür ist die Personenfreizügigkeit: Mit 12’167 Personen kommen zwei Drittel der Zuwanderer aus den EU- und EFTA-Staaten. Noch nie hat die Nettozuwanderung aus der EU im Vergleich zu einem Vorjahresquartal derart stark zugenommen. Ohne das Mitte März aufgrund der Corona-Pandemie eingeführte strikte Grenzregime wäre diese Zahl noch höher.

Die untaugliche Strafprozessordnung ist endlich zu korrigieren
Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Mai 2020

Die Revision der Schweizer Strafprozessordnung ist dringend nötig: Denn das aktuelle Gesetz schützt die Täter und verunmöglicht den Strafverfolgungsbehörden im schlimmsten Fall sogar die Aufklärung von Vergehen und Verbrechen. Weil der Bundesrat die Missstände nicht beheben will, fordert die SVP heute in der Rechtskommission die Rückweisung des Geschäftes sowie zahlreiche Verschärfungen.

Am 1. Januar 2011 trat erstmals ein gesamtschweizerisch vereinheitlichtes Strafprozessrecht in Kraft. Dieses entpuppte sich jedoch schnell als Rohrkrepierer, dient es doch vor allem dem Schutz der Täter. Seit 2011 können Beschuldigte und ihre Verteidiger umfassende «Teilnahmerechte» geltend machen. Konkret schreibt die Strafprozessordnung vor, dass der Beschuldigte an der Einvernahme von Zeugen und gar von Mittätern teilnehmen und selbst Fragen stellen darf. Ein Täter kann also zuhören, was sein Komplize in der Untersuchung aussagt und seine eigenen Angaben gegenüber den Strafverfolgern entsprechend anpassen.

Vertreter von Justiz und Polizei monieren diesen Missstand seit Jahren. So erklärte beispielsweise Stefan Blättler, Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten, in Medienberichten, dass prozessuale Normen, welche die Rechte des Beschuldigten übermässig stark ausbauten, eine effektive Strafverfolgung erschweren und in keinster Weise der Erforschung der materiellen Wahrheit dienen würden. Zwar hat der Bundesrat die dringend nötige Revision der Strafprozessordnung auf-

gegleist. Offensichtlich ist er aber nicht willens, die Missstände zu beheben. Im Gegenteil: Er stellt sich auf den Standpunkt, die Strafprozessordnung habe sich im Wesentlichen bewährt.

Die SVP verlangt griffige Polizeiliche Massnahmen zur Terrorbekämpfung
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Mai 2020

Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) berät eine Vorlage, die griffige Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ermöglichen soll. Ein ungelöstes Problem stellen heute terroristische Gefährder dar, die im Zusammenhang mit Terrorismus bereits eine Freiheitsstrafe verbüsst haben, aber weiterhin eine Gefahr darstellen.

Der Bund soll auf Antrag der Kantone fallweise zusätzliche Massnahmen wie Meldepflicht, Rayonverbot und Hausarrest anordnen können. Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hatte in der Vernehmlassung die Einführung einer sogenannten gesicherten Unterbringung (GUG) für terroristische Gefährder gefordert. Ein wesentlich griffigeres Instrument als blosser «Hausarrest». Je nach juristischer Auslegung wäre die GUG nicht konform mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, weshalb die KKJPD das Anliegen zurückzog. Die SVP Schweiz will nicht, dass die Sicherheit der Menschen in der Schweiz vor Terror durch eine überfromme Auslegung der EMRK eingeschränkt wird. Damit würde nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Ansehen der Menschenrechte geschwächt.

Stopp der illegalen Einwanderung durch verstärkten Grenzschutz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Mai 2020

Die Zahl der illegal in die Schweiz eingereisten Personen ist dank intensivierter Grenzkontrollen aufgrund der Corona-Situation markant gesunken. Die SVP fordert, dass die systematischen Grenzkontrollen zwecks Eindämmung der illegalen Einwanderung weiterhin fortgeführt werden.

Aufgrund der Einreisekontrollen und -beschränkungen wegen COVID-19 ist die Zahl der illegalen Einreisen resp. Aufenthalte in der Schweiz stark zurückgegangen. Seit der Einführung dieser Massnahmen nahmen die festgestellten illegalen Aufenthalte um 55 bis 80 Prozent ab.

Seit Jahren steigt die Zahl der illegal in unser Land eingereisten Personen. Schätzungen gehen von über 100’000 illegalen Aufenthaltern aus. Die aktuellen Zahlen beweisen die Wirkung konsequenter Grenzkontrollen durch unsere Grenzwache unterstützt von der Armee: im Monat April zählte man noch 217 illegale Einreisen, im Vergleich zu deren 1’116 im April 2019. Im Monat März waren es noch 517 Fälle gewesen. Zudem wurden im April nur noch zehn mutmassliche Schlepperfälle gegenüber 31 im Vorjahresmonat registriert. Gemäss Angaben der Eidgenössischen Zollverwaltung (EVZ) nahm die Schleppertätigkeit im Jahresvergleich um 67 Prozent ab. Seit Jahresbeginn 2020 kumulierten sich 2’830 rechtswidrige Aufenthalte. 2019 kamen zwischen Januar und April deren 4’598 Fälle zusammen.

Bundesrat will 6,154 Milliarden in EU-Forschungs-Fantasien stopfen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Mai 2020

Kennen Sie aus dem Stand ein einziges greifbares oder fassbares Ergebnis des EU-Forschungsprogramms „Horizon"? Nein? Der Bundesrat will künftig 6,154 Milliarden Franken dafür ausgeben. Während wir in der Schweiz nach Corona auf die grösste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten zusteuern und die Finanzierung der Krise überhaupt noch nicht gesichert ist, stopft der Bundesrat Milliarden Franken in EU-Forschungs-Fantasien. Das ist verantwortungslos.

Die Ausgestaltung der Forschungsprogramme ist noch unbekannt und wird vom Ministerrat und EU-Parlament erarbeitet. Als Nicht-EU-Land darf die Schweiz zuschauen. Wie die Teilnahmebedingungen für die Schweiz schliesslich aussehen, ist derzeit auch noch nicht bekannt. Der Milliardenbetrag, den sich die Schweiz für unbekannte Forschunsprojekte und die unbekannte Mitsprache leisten will, hingegen schon. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Forschungsprogramm Horizon wird deutlich teurer als bis anhin. 6,154 Milliarden Franken beantragt er dem Parlament für das sechsjährige Programm der Jahre 2021 bis 2027. Das sind knapp 1,8 Milliarden Franken mehr als für das laufende Programm. Die Schweizer Pflichtbeiträge würden um 37 Prozent steigen, heisst es in der Botschaft zu den Kreditanträgen an das Parlament.

Verhandlungen mit der Schweiz haben noch gar nicht stattgefunden. Einmal mehr geht der Bundesrat willfährig mit einem fixfertigen „Kompromiss" in Verhandlungen. Bei allem Respekt: Aber das ist schwach.

Mit dem Austritt von Grossbritannien aus der EU verabschiedet sich das Land, welches über die besten Universitäten Europas verfügt, aus Horizon. Ob die Briten in irgendeiner Form in der Forschungszusammenarbeit der EU verbleiben, ist unbekannt und wurde noch nicht verhandelt.

Bundesrat folgt den Forderungen der SVP nicht und verbleibt im Notstand – völlig unverständlich sind die Lockerungen an der Grenze
Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. Mai 2020

Die SVP ist enttäuscht über den Entscheid des Bundesrates, die ausserordentliche Lage nach Epidemiengesetz auf den 19. Juni 2020 nicht aufzuheben. Damit wird die von der Partei bereits am 31. März 2020 geforderte verfassungsmässige Ordnung nicht wiederhergestellt. Nicht nachvollziehbar sind die schon auf den 8. Juni vorgesehenen Grenzöffnungen.

Mit Verbleib im Notrecht nehmen weitere planwirtschaftliche und zentralistische Eingriffe in Kauf und die verfassungsmässige Ordnung wird nicht wiederhergestellt. Wir erleben aktuell eine ausserodentlich schwierige Wirtschaftslage und in dieser angespannten Situation will der Bundesrat die Grenzen öffnen und noch mehr ausländische Arbeitskräfte ins Land lassen. Gegen zwei Millionen Menschen, also mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmenden, sind in Kurzarbeit, über 150'000 Menschen sind arbeitslos. Anders als ein Affront gegenüber den aufgrund von COVID-19 arbeitslosen Schweizer ist der Entscheid des Bundesrates nicht zu verstehen.

Mit einem JA zur Begrenzungsinitiative die Bevölkerungsexplosion verhindern
Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Mai 2020

Die neusten Szenarien des Bundesamtes für Statistik (BFS) gehen weiterhin von einem rasanten Bevölkerungswachstum aus. Grund ist die anhaltend hohe Zuwanderung aus der EU. Bereits in rund 10 Jahren könnte die Schweizer Bevölkerung die 10-Millionen-Marke überschreiten. Gewisse Kantone werden dabei um fast einen Drittel wachsen. Nur die eigenständige Steuerung der Zuwanderung kann das Bevölkerungswachstum auf ein gesundes Niveau senken.

Hält die Schweiz an der unbegrenzten Personenfreizügigkeit mit der EU fest, wird die Bevölkerung bis 2050 weiter massiv zunehmen. Gemäss BFS werden Migranten für über drei Viertel des Wachstums verantwortlich sein. Jede dritte Person auf dem Arbeitsmarkt wird bald aus dem Ausland stammen. Viele Schweizerinnen und Schweizer, insbesondere die über 55-Jährigen, geraten zunehmend unter Druck. Alleine aus der EU wanderten trotz geschlossener Grenzen in den ersten vier Monaten von 2020 netto mehr als 14’000 Ausländer in die Schweiz ein. Dies übertrifft bereits das hohe Szenario des BFS.

COVID-19 könnte Zuwanderungswelle auslösen

In Ihrer Analyse konnte das BFS die massiven Verwerfungen aufgrund von COVID-19 nicht mehr berücksichtigen. Die vom Coronavirus hart getroffenen EU-Staaten Italien, Frankreich und Spanien waren bereits vor der Krise wirtschaftlich angeschlagen. Das BFS befürchtet, dass die Migrationsströme, «wie bei der letzten Wirtschaftskrise, rasch ansteigen.»

JUNI

Die SVP fordert Korrekturen beim Nachtragskredit – damit der Schuldenberg nicht noch grösser wird
Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juni 2020

Die Corona-Krise beschert der Schweiz ein noch nie dagewesenes Defizit. Trotzdem wollen die anderen Parteien mit vollen Händen noch mehr Geld ausgeben. Der Schuldenberg, der vor allem die nachfolgenden Generationen belastet, darf aber nicht noch grösser werden. Deshalb stellt die SVP in der Debatte zum Nachtragskredit zum Voranschlag 2020 Bedingungen und Streichungsanträge. Auch muss der Bundesrat endlich damit aufhören, Hunderte von Millionen Steuerfranken ins Ausland zu verschenken.

Die Unterstützungsbeiträge während der Corona-Pandemie in der Höhe von fast 60 Milliarden Franken und die durch die aktuelle Wirtschaftskrise wegbrechenden Steuereinnahmen führen dazu, dass sich das Defizit des Bundes Ende Jahr voraussichtlich auf über 50 Milliarden Franken belaufen wird. Deshalb fordert die SVP, dass der Kredit über 14,2 Milliarden Franken für die Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der Kurzarbeit an klare Bedingungen zu knüpfen ist. So soll der Betrag nicht unter Notrecht, sondern gestützt auf eine ordentliche gesetzliche Grundlage bewilligt und ausbezahlt werden. Zudem darf das Geld nicht vollständig aufgebraucht werden. Die Unternehmen müssen die Kurzarbeit jetzt so rasch als möglich beenden und wieder zum normalen Arbeitsmodus zurückkehren.

Keine Ehe für alle – diese Verbindung muss Mann und Frau vorbehalten bleiben
Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juni 2020

Die SVP lehnt die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ab. Zum einen, weil der rechtliche Rahmen für eine homosexuelle Beziehung mit der «eingetragenen Partnerschaft» bereits gegeben ist. Zum andern, weil die Befürworter der Ehe für alle in einem weiteren Schritt lesbischen Ehepaaren die Samenspende erlauben wollen.

Die Familie und damit die Ehe ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Für die SVP ist klar, dass die Ehe Frau und Mann vorbehalten ist. Die Befürworter der Vorlage «Ehe für alle» wollen diese Verbindung aufweichen. Die SVP hingegen lehnt es klar ab, alle möglichen Formen des Zusammenlebens mit der Ehe gleich zu stellen. Sie will weder eine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe noch die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare oder so genannte Einelternfamilien. Die SVP lehnt die Ehe für alle auch deshalb entschieden ab, weil die Befürworter damit eine Salamitaktik verfolgen. Letztlich geht es ihnen darum, gleichgeschlechtlichen Paaren den Weg zur Fortpflanzungsmedizin zu ebnen, etwa indem lesbischen Ehepaaren die Samenspende erlaubt werden soll.

In der Krise darf die Wirtschaft nicht weiter geschwächt werden
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Juni 2020

Die «Konzernverantwortungsinitiative» ist zu extrem und schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Es wäre verantwortungslos, unsere Wirtschaft in der aktuellen Krise noch weiter zu schwächen. Deshalb und weil die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne eine echte Wahl haben müssen, spricht sich die SVP-Fraktion für den weniger schädlichen Gegenvorschlag des Ständerates aus.

Trotz Krise lässt der Bundesrat zu, dass Tausende EU-Ausländer in den Schweizer Arbeitsmarkt drängen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Juni 2020

Der vom Bundesrat in der Corona-Krise verfügte Stillstand der Wirtschaft hat dazu geführt, dass mittlerweile rund 156'000 Schweizer Arbeitnehmende ohne Stelle sind. Unternehmen haben mehr als 1,9 Millionen Personen für Kurzarbeit angemeldet, dies entspricht 37 % der Beschäftigten. Über 780'000 Frauen und Männer sind in Kurzarbeit, viele von ihnen werden wohl ihre Stelle verlieren. Doch statt Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung zu sichern, hält der Bundesrat selbst in der grössten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg an der Personenfreizügigkeit fest. Allein im April drängten rund 10'000 neue EU-Ausländer auf den Schweizer Arbeitsmarkt.

Veranstaltungen endlich wieder ohne Einschränkungen zulassen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Juni 2020

Die SVP fordert den Bundesrat auf, die ausserordentliche Lage zu beenden. Insbesondere Veranstalter und die Gastronomie leiden nach wie vor enorm unter den längst nicht mehr notwendigen Einschränkungen. Es geht nicht an, dass der Bundesrat die strikten Restriktionen für die Wirtschaft und den Tourismus aufrecht erhält, während er gleichzeitig in wenigen Tagen – gegen den Willen der SVP – die Grenzen für den Personenverkehr öffnen will und Tausende von Menschen von den

Behörden völlig unbehelligt illegale Demonstrationen durchführen können. Weiter spricht sich die SVP-Fraktion einstimmig gegen die Wahl des CVP-Kandidaten Alberto Fabbri ans Bundesstrafgericht aus.

In ihrer Sitzung hat die SVP-Fraktion einstimmig die Forderung verabschiedet, das Notrecht aufzuheben und die verfassungsmässige Ordnung wiederherzustellen. Insbesondere sind jetzt die Restriktionen wie die Abstandsregeln für die Gastronomie und das Gewerbe zu beenden. Zudem sind Veranstaltungen mit über 300 Personen zuzulassen und auf die Sperrstunde um Mitternacht ist zu verzichten. Es geht nicht an, dass der Bundesrat – gegen den Willen der SVP – am 15. Juni sämtliche Grenzen wieder für den freien Personenverkehr öffnet und die Behörden tausende Menschen ohne Einhaltung des Sicherheitsabstandes demonstrieren lassen, während gleichzeitig Wirte und andere Gewerbetreibende, insbesondere Veranstalter, so massiv eingeschränkt werden, dass sie kaum wirtschaftlich arbeiten können.

Die SVP unterstützt das Referendum gegen das teure und übertriebene CO2-Gesetz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Juni 2020

Der Nationalrat hat das CO2-Gesetz gegenüber den Entwürfen von Bundes- und Ständerat verschärft. Konkret bedeutet dies einen tiefen Griff ins Portemonnaie der Menschen in der Schweiz und der Wirtschaft. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO2-Gesetz das letzte Wort haben muss und unterstützt ein Referendum.

Wenig überraschend schlug sich in der Totalrevision des CO2-Gesetzes das Resultat der letztjährigen Parlamentswahl nieder: Der jetzt deutlich linkere Nationalrat hat das Gesetz weiter verschärft – gegen den Widerstand der SVP. Die Verschärfungen des CO2-Gesetzes sind klar zum Nachteil von Bevölkerung und Wirtschaft. So sieht die Vorlage nun zahlreiche Verbote, zusätzliche Abgaben und Steuern sowie ein Mehr an Bürokratie vor.

Heizen, Pendeln und Ferien – alles wird teurer

Konkret haben die linken und grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF).

Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die Grenzwerte für den CO2-Ausstoss von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die vorgesehene Erhöhung der CO2-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe auf maximal 210 Franken pro ausgestossener Tonne CO2 verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken. Hinzu kommen eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken und ein überrissen hohes CO2-Reduktionsziel im Inland.

Bundesrat und Parlament wollen lieber 4,6 Milliarden ins Ausland verschenken, als den Menschen in der Schweiz zugutekommen lassen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Juni 2020

Es kann nicht sein, dass die Schweiz in der aktuellen Wirtschaftskrise, in der tausende Menschen in unserem Land vor dem finanziellen Ruin stehen, mehr als 11 Milliarden Steuerfranken ins Ausland verschenkt. Die SVP forderte deshalb die Rückweisung des Geschäftes an den Bundesrat sowie die Halbierung der Entwicklungsgelder. Diese Steuergelder müssen jetzt den Menschen in Not in der Schweiz zugutekommen.

Die Wirtschaftslage ist dramatisch mit katastrophalen Folgen für viele Menschen in unserem Land. Sie haben weniger Lohn oder gar keine Einnahmen mehr, viele stehen vor dem Nichts. Mittlerweile haben die Unternehmen für 1,9 Millionen Arbeitnehmende Kurzarbeit beantragt, über 780’000 Menschen nutzen die Kurzarbeit bereits. Zehntausende Menschen haben ihre Arbeit verloren, Experten rechnen mit der Streichung von bis zu 100’000 Stellen. Die Armut wird in der Folge zunehmen und die Sozialausgaben werden explodieren – dies bei gleichzeitig wegbrechenden Steuereinnahmen. Dass der Bundesrat in dieser Situation 11,25 Milliarden Steuerfranken ins Ausland verschenken will, ist ein Schlag ins Gesicht jener, denen das Geld gehört: den hart arbeitenden Schweizer Steuerzahlerinnen und -zahler.

SVP-Antrag würde zu Einsparungen von über 4 Milliarden Franken führen

Deshalb und weil die Verschuldung des Bundes aufgrund der Corona-Krise per Ende 2020 voraussichtlich zwischen 40 und 50 Milliarden Franken betragen wird, forderte die SVP-Fraktion das Geschäft zurückzuweisen. Die Linken aller anderen Parteien lehnten dies ab. Weiter fordert die SVP-Fraktion, dass die mehrjährigen Verpflichtungskredite für die Internationale Zusammenarbeit 2021-2024 (IZA) halbiert werden – davon ausgenommen ist die humanitäre Hilfe.

Diese Ungleichbehandlung ist inakzeptabel und sofort zu beenden
Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Juni 2020

Während der Bundesrat dem Gewerbe, der Gastronomie, dem Tourismus und Sport ruinöse Restriktionen zum Schutz vor dem Corona-Virus auferlegt, werden in den Städten illegale Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmenden toleriert. Die SVP fordert den Bundesrat daher auf, diese Ungleichbehandlung sofort zu beenden und sämtliche Restriktionen für Gewerbe und Wirtschaft aufzuheben.

Endlich die Ungerechtigkeit bei der Arbeitslosenversicherung beseitigen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Juni 2020

Weil die Arbeitslosenquote je nach Nationalität der Arbeitnehmenden stark variiert, ist es in höchstem Masse ungerecht, dass alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich hohe Beiträge bezahlen müssen. Die SVP-Fraktion hat sich in ihrer heutigen Sitzung für risikoabhängige Prämien für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgesprochen und im Nationalrat eine entsprechende Motion eingereicht.

Versicherungsprämien sind risikoabhängig gestaltet. Wer für eine Versicherung ein grosses Risiko darstellt, muss entsprechend höhere Beiträge bezahlen als Versicherte mit kleinen Risiken. Bei der Motorfahrzeugversicherung etwa ist es selbstverständlich, dass Personen aus Ex-Jugoslawien höhere Prämien bezahlen, weil sie mehr Unfälle verursachen als Schweizer.

Dieser Grundsatz muss auch für die Arbeitslosenversicherung gelten. Alles andere ist ungerecht und führt zu einer Umverteilung unter den Versicherten, was nicht dem Versicherungsgedanken entspricht. Es kann doch nicht sein, dass etwa Arbeitnehmende aus Dänemark, die in der Schweiz eine Arbeitslosenquote von 2,1% haben, gleich hohe Prämien bezahlen müssen, wie Ost-Europäer, die viel häufiger arbeitslos sind.

Die CVP gefährdet die Sicherheit der Schweiz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Juni 2020

Dass immer mehr Dienstpflichtige in den Zivildienst wechseln führt zu sinkenden Armeebeständen und damit zu einer Schwächung unserer Landesverteidigung. Eine Revision des Zivildienstgesetzes hätte dieser Entwicklung entgegengewirkt. Eine völlig verantwortungslose CVP hat dies nun aber gemeinsam mit links-grün verhindert.

Die Zahl der Zivildienstleistenden ist in den letzten elf Jahren derart gestiegen, dass die Armeebestände akut gefährdet sind. Problematisch ist auch, dass viele Armeeangehörige – oft aus Gründen der persönlichen Bequemlichkeit – in den Zivildienst wechseln. Um die Sicherheit der Schweiz weiter zu gewährleisten, ist diese Entwicklung dringend zu stoppen. Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Revision des Zivildienstgesetzes wäre die Hürde für einen Wechsel in den Zivildienst erhöht worden. Dass ausgerechnet die CVP die Vorlage gemeinsam mit den links-grünen Armeegegnern versenkt hat, ist aus Sicht der SVP völlig verantwortungslos und in keiner Weise nachvollziehbar.

Sommersession Nationalrat 2020 (02.06.2020 – 19.06.2020)

Rückblick auf die vergangene Sommersession aus der Sicht von Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) und Nationalrätin Céline Amaudruz (GE).

Härtere Strafen für Vergewaltiger

216.483 Pa.Iv. Rickli. Erhöhung des Strafmasses bei Vergewaltigungen

Zahlreiche verurteilte Vergewaltiger kommen heute mit einer bedingten Strafe davon, ohne dass sie einen Tag im Gefängnis absitzen müssen. Ein anderer Teil sitzt nur sehr kurze (teilbedingte) Strafen ab. Das will der Nationalrat ändern. Er nahm einen Vorstoss der ehemaligen SVP-Nationalrätin Natalie Rickli an, der das Strafmass bei Vergewaltigung auf mindestens drei Jahre Freiheitsstrafe erhöhen will. Dies hat den Effekt, dass keine bedingte Strafe mehr ausgesprochen werden kann. SP und Grüne, die sich als Verfechter der Frauenrechte aufspielen, stimmten geschlossen dagegen, zusammen mit der GLP. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Kinderehen endlich verbieten

18.467 Pa.Iv. Rickli. Keine Anerkennung von Kinder- und Minderjährigenehen in der Schweiz

20.3011 Mo. RK-NR. Kinder- und Minderjährigenehen nicht tolerieren

Jedes Jahr werden hunderte in der Schweiz wohnhafte Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen verheiratet. Meist handelt es sich dabei um Personen aus fremden Kulturkreisen. Zwar gilt in der Schweiz für die Hochzeit das Mindestalter von 18 Jahren, aber viele im Ausland geschlossene Kinderehen werden von unseren Behörden im Nachhinein anerkannt. Damit soll nun endlich Schluss sein. Der Nationalrat stimmte einer Forderung aus der SVP zu, wonach Kinderehen in der Schweiz in jedem Fall ungültig sind. Stimmt auch der Ständerat zu, kann der Kampf gegen diese unmenschliche Praxis endlich konsequent geführt werden.

Nationalbank-Ausschüttung für Tilgung der Corona-Schulden verwenden

20.3450 Mo. WAK-NR. Bundesanteil der „Ausschüttung" der Schweizerischen Nationalbank für den Abbau der Corona-Schulden einsetzen

Wegen der COVID-19-Pandemie machten Bundesrat und Parlament innert weniger Wochen duzende Milliarden Franken Schulden. Damit den kommenden Generationen nicht ein riesiger Schuldenberg überlassen wird, soll dieser möglichst schnell abgebaut werden. Deshalb stimmte der Nationalrat einer Motion zu, die den Bundesrat auffordert, die Ausschüttungen der Nationalbank vollumfänglich zur Tilgung der Corona-Schulden zu verwenden.

Klimawahnsinn: Trotz Krise soll alles noch teurer werden

17.071 Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020

Wenig überraschend schlug sich in der Totalrevision des CO2-Gesetzes der Linksrutsch der letztjährigen Parlamentswahl nieder. Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO2-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken. Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO2-Gesetz das letzte Wort haben muss.

Entlassungsrente statt Begrenzung der Zuwanderung

19.051 Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Bundesgesetz

Ältere Arbeitnehmende werden wegen des für die Schweiz schädlichen Personenfreizügigkeitsabkommens zunehmend durch billige EU-Ausländer ersetzt. Wegen der Corona-Krise werden wohl noch mehr Unternehmen Lohnkosten sparen und günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland holen. Doch statt mit der Begrenzungsinitiative endlich den Zustrom aus dem Ausland zu begrenzen, haben Bundesrat und Parlament im Eiltempo eine neue Form der Sozialhilfe aus dem Boden gestampft. Mit dieser Entlassungsrente können Unternehmen ältere Schweizer Arbeitnehmende ohne schlechtes Gewissen entlassen. Bei guter Wirtschaftslage rechnete der Bundesrat bereits mit Kosten von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr. Mit der Wirtschaftskrise werden es nun Kosten in Milliardenhöhe sein. Für die SVP ist klar: das Problem muss an der Wurzel gepackt werden – mit einem Ja

Parlament verschenkt Milliarden ins Ausland

20.033 Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-2024

20.3131 Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe

20.024 Weltbankgruppe und Afrikanische Entwicklungsbank. Kapitalerhöhung

20.023 IWF. Beitritt zu den geänderten Neuen Kreditvereinbarungen

Die COVID-19-Krise ist noch lange nicht ausgestanden. Dennoch beschloss das Parlament, Milliarden von Steuerfranken ins Ausland zu verschenken. Allein für die internationale Zusammenarbeit will der Nationalrat bis 2024 über 11 Milliarden Franken ausgeben. Einzig die SVP hinterfragte die Ausgaben für Entwicklungshilfe, die Afrikanische Entwicklungsbank und andere Auslandfantasien. Doch die Kürzungsanträge fanden nicht einmal bei FDP oder CVP Anklang.

Für eine freiheitliche, abendländische Gesellschaftsordnung: Ja zum Verhüllungsverbot

19.023 Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Das Tessin, St. Gallen und mehrere unserer Nachbarstaaten kennen bereits ein Verhüllungsverbot. Es führt zu mehr Sicherheit und zur Durchsetzung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Statt das Verbot auf die ganze Schweiz auszudehnen und der Volksinitiative zuzustimmen, verabschiedeten National- und Ständerat einen Schein-Gegenvorschlag. So soll sich der Bund unter Einsatz von Millionen an Steuerfranken für die Gleichstellung der Frau im In- und Ausland einsetzen.

Ehe für alle und Samenspende für lesbische Paare

13.468 Ehe für alle

Mit der eingetragenen Partnerschaft sind schwule und lesbische Paare bereits heute in wichtigen Fragen, wie z.B. dem Erbrecht, der traditionellen Ehe zwischen Frau und Mann gleichgestellt. Unter dem Titel «Ehe für alle» will Links mit Unterstützung von GLP und FDP nun aber die Institution der Ehe auch für Homosexuelle öffnen. So sollen lesbische Paare nach dem Willen des Nationalrats Zugang zu Samenspenden erhalten und später soll Homosexuellen auch die Adoption von Kindern gewährt werden. Im Nationalrat stimmte die SVP gegen die «Ehe für alle». Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

Keine Schweizer Entwicklungsbeiträge an die EU!
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Mai 2019

Die Kohäsionsbeiträge an die EU sind sofort einzustellen. Wie beim Besuch des polnischen Wirtschaftsministers publik wurde, ging fast die Hälfte des Geldes, konkret 500 Millionen Franken, an Polen – die dynamischste Volkswirtschaft Europas, die höhere Wachstumsraten aufweist als die Schweiz. Angesichts dieser Mittelverwendung der EU fordert die SVP den Stopp der Milliardenzahlungen an die EU. Diese Steuergelder müssen im Inland investiert werden und den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Links-Grün treibt die Schweiz in den Ruin
Auszug aus der Medienkonferenz vom 26. Juni 2020

Die Corona-Pandemie kostet die Schweiz Milliarden. Doch selbst jetzt, angesichts einer horrenden Staatsverschuldung, wegbrechender Steuereinnahmen und einer Wirtschaftskrise historischen Ausmasses, gebärdet sich Links-Grün, als ob das Geld auf den Bäumen wachsen würde. Diese verantwortungslose Politik von SP, Grünen und linken Politikern in den anderen Parteien treibt unser Land in den Ruin. Die SVP dagegen übernimmt Verantwortung – auch für die künftigen Generationen – und fordert deshalb dringend eine Rückkehr zur bewährten bürgerlichen Finanzpolitik.

Die Lage der Bundesfinanzen ist dramatisch: Die Folgen der Corona-Krise für den Staatshaushalt sind beispiellos und werden sich noch während Jahren auf verschiedenste Bereiche auswirken. Die Abfederungsmassnahmen des Bundesrates belaufen sich per 20. Mai 2020 auf über 72 Milliarden Franken. Das ist mehr als der Bund 2019 ausgegeben hat.

Statt die Ausgaben angesichts einer rekordhohen Neuverschuldung in für unser Land unkritischen Bereichen zu reduzieren, verschleudert das nach der «Klimawahl» 2019 deutlich linkere Parlament das Geld der hart arbeitenden Bevölkerung weiter. «SP, Grüne und linke Politiker in den anderen Parteien haben sowohl in der ausserordentlichen Session im Mai als auch in der Sommersession im Juni zusätzlich zu den vom Bundesrat gesprochenen Milliardenbeträgen noch mehr Steuergelder an ihre Klientel verteilt», sagt Thomas Aeschi, Präsident der SVP-Bundeshausfraktion, vor den Medien. So fliessen zusätzlich hunderte Millionen Steuerfranken an Kitas, in den Kulturbereich, an die Medien oder als bedingungslose Geschenke ins Ausland.

«Die Schuldenbremse ist eine Erfolgsstory und darf auf keinen Fall angetastet werden.»

Bei dieser lockeren Ausgabemoral wird Links-Grün nicht vor Steuererhöhungen zurückschrecken. Dabei gehen schon heute von jedem verdienten Franken 45 Rappen an den Staat – für Steuern, Abgaben und Gebühren. Geld, das die Linke unter dem Titel «wirtschaftliches Gender-Monitoring» oder «Gender-Budgeting» für ideologische Umerziehungsmassnahmen ausgeben will. Während Links-Grün herbeigeredete Probleme bewirtschaftet, bleibt den Menschen immer weniger zum Leben.

Schluss mit Party und offenen Grenzen – der Bundesrat muss jetzt die zweite Welle verhindern
Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. Juni 2020

Das verantwortungslose Laissez-faire in den linken Städten und die vorschnelle Öffnung der Grenzen sorgen dafür, dass die Zahl der Corona-Ansteckungen erneut steigt. So steuern wir geradewegs auf eine zweite Welle zu – mit Todesopfern und massiven Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die SVP fordert deshalb Gesundheitsminister Alain Berset auf, sofort zu handeln.

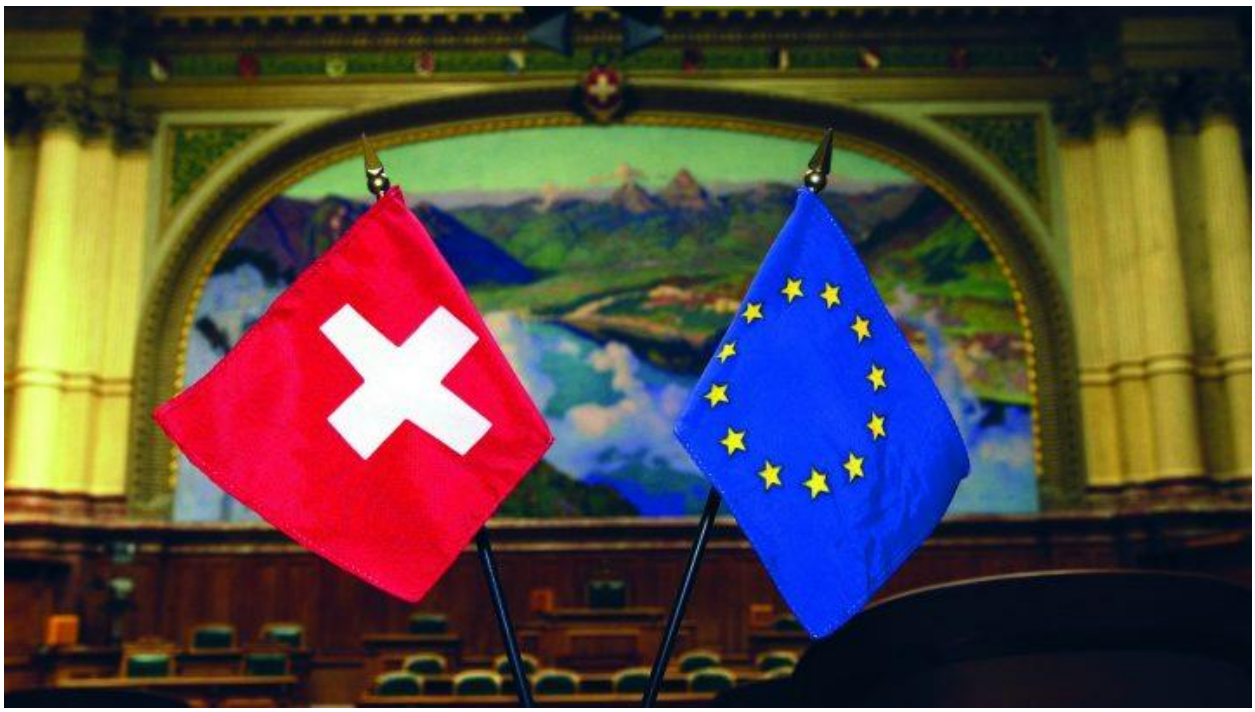
Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmenden, illegale Partys und Einreisen aus Corona-Hotspot-Ländern wie Serbien lassen die Infektionszahlen in der Schweiz wieder rasch ansteigen. Die Gefahr einer zweiten Corona-Welle steigt bei diesem Verhalten täglich. Angesichts der durch die erste Welle verursachten Milliardenkosten, der immensen wirtschaftlichen Schäden, der Zehntausenden Arbeitslosen und

der Hunderttausenden Menschen in Kurzarbeit wäre eine zweite Welle eine Katastrophe für unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft, unser ganzes Land.

Bilaterale Verträge ohne Unterwerfung und Personenfreizügigkeit sind möglich
Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Juni 2020

Die SVP begrüsst, dass ihr Bundesrat Ueli Maurer mit Grossbritannien Verhandlungen betreffend eines Financial-Services-Abkommens aufgenommen hat, das der Finanz- und Versicherungsbranche einen grenzüberschreitenden Marktzugang ermöglichen soll. Ein grosser Vorteil des geplanten Abkommens ist, dass sich die Schweiz keiner fremden Macht unterwerfen muss, da Grossbritannien anders als die EU, weder eine institutionelle Anbindung noch einen Rechtsanspruch auf freie Zuwanderung fordert.

Aus Sicht der SVP ist es erfreulich, dass Bundesrat Ueli Maurer und der britische Schatzkanzler Rishi Sunak Verhandlungen aufgenommen haben, mit dem Ziel, ein Financial-Services-Abkommen zwischen Grossbritannien und der Schweiz abzuschliessen. Zumal das geplante Abkommen künftig den grenzüberschreitenden Marktzugang für Finanzdienstleistungen im Versicherungs-, Banken-, Asset Management- sowie im Kapitalmarktinfrastrukturbereich ermöglichen soll. Mit der Aufnahme der Verhandlungen beweist SVP-Finanzminister Ueli Maurer einmal mehr globalen Weitblick, da die EU mit dem Brexit den neben Zürich bedeutendsten Finanzplatz Europas verloren hat.



In der Krise kommt die Personenfreizügigkeit die Schweiz noch teuer zu stehen

Die SVP begrüsst das geplante Abkommen auch deshalb, weil es beweist, dass bilaterale Verträge zum Vorteil der Schweiz und auf Augenhöhe – also ohne institutionelle Anbindung und vor allem ohne einen Rechtsanspruch auf freie Zuwanderung – möglich sind.

JULI

Volkswille umsetzen – kriminelle Ausländer endlich konsequent ausschaffen

Auszug aus der Medienkonferenz vom 22. Juli 2020

Jetzt ist amtlich, was die SVP vorausgesagt hatte: Die 2010 von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative wird nicht einmal im Ansatz umgesetzt. Hunderte ausländische Verbrecher dürfen weiterhin in unserem Land bleiben. Ein Grund dafür ist die vom Parlament gegen den Willen der SVP eingeführte Härtefallklausel. Falls Bundesrat und Parlament dies nicht umgehend korrigieren, wird die SVP die Lancierung einer neuen Volksinitiative prüfen. Auch die Personenfreizügigkeit schützt ausländische Kriminelle – dies korrigiert eine Annahme der Begrenzungsinitiative am 27. September.

Zehn Jahre nachdem Volk und Stände Ja zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer gesagt haben, beweisen die Zahlen des Bundes, dass der Volkswille nicht umgesetzt wird. Verantwortlich sind der Bundesrat und die Mitte-Links-Parteien. Sie haben – gegen vehementen Widerstand der SVP – eine Härtefallklausel ins Umsetzungsgesetz geschrieben. Dabei versprachen die anderen Parteien dem Stimmvolk hoch und heilig, dass sie den Volkswillen «pfefferscharf» umsetzen würden und die Härtefallklausel nur in «absoluten Ausnahmefällen» zur Anwendung komme. Für die SVP hingegen war schon damals klar, dass dies leere Versprechen waren und die Härtefallklausel zur Täterschutzklausel wird.

Die Statistik beweist: Die schlimmsten Befürchtungen der SVP haben sich bewahrheitet. Staatsanwälte und Richter foutieren sich im grossen Stil um den Volkswillen und die Sicherheit in unserem Land. Sie wenden die Härtefallklausel nicht – wie von FDP, CVP, BDP, SP, Grünen, GLP und EVP in der parlamentarischen Debatte garantiert – als absolute Ausnahme an, sondern in 42% aller Fälle. Allein 2019 erhielten 1’183 kriminelle Ausländer keinen Landesverweis, obwohl sie für eine Straftat verurteilt worden waren, die gemäss Verfassung und Strafgesetzbuch zwingend zu einer Ausschaffung führen muss. «Als Vertreter eines Grenzkantons bin ich besonders empört darüber, dass die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt wird», sagt der Tessiner Nationalrat Piero Marchesi. «Wir leiden noch mehr als andere Kantone unter der importierten Kriminalität.»

Der Schweizer Landwirtschaft den Rücken stärken

Auszug aus der Medienkonferenz vom 27. Juli 2020

Die SVP fordert die Rückweisung der AP22+ an den Bundesrat mit dem klaren Auftrag für eine grundlegende Überarbeitung mit dem Ziel, den Brutto-Selbstversorgungsgrad deutlich über 60% zu steigern, das bäuerliche Bodenrecht nicht noch mehr zu lockern, eine Korrektur der negativen Auswirkungen der AP 14/17 auf die Grünlandbetriebe mit Raufutterverzehrer sowie keine neuen Verschiebungen der Direktzahlungen zu Ungunsten der Produktion vorzunehmen. Zudem fordert die Partei eine Evaluation der Entwicklungen des landwirtschaftlichen Unternehmertums zwischen 2022 bis 2033 sowie das Aufzeigen der unternehmerischen Risiken und Chancen für die zukünftige Landwirtschaft. Die SVP lehnt sowohl die sogenannte Trinkwasser- wie auch die Pestizidverbotsinitiative ab, weil sie nicht zu ökologischeren Produkten, sondern schlicht und einfach zu mehr und unter zweifelhaften Bedingungen produzierten Importen führt.

Auf dem Familienbetrieb von Nationalrats-Vizepräsident Andreas Aebi in Alchenstorf (BE) fordert die SVP die Rückweisung der AP 22+. Wie Ständerat Werner Salzmann erläutert ist diese vor allem für die produzierende Landwirtschaft inakzeptabel. Denn Sie verlagert einmal mehr die inländische Produktion ins Ausland und die Produktion der Lebensmittel im Inland soll drastisch heruntergefahren werden. Dies kann die SVP nicht akzeptieren.

Marco Chiesa als neuer SVP-Parteipräsident vorgeschlagen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 30. Juli 2020

Die Findungskommission schlägt dem Parteileitungsausschuss vor, an der kommenden Delegiertenversammlung vom 22. August 2020 in Brugg den Tessiner Ständerat und SVP-Vizepräsidenten Marco Chiesa als neuen Parteipräsidenten zu wählen.

Marco Chiesa war in der Findungskommission von Anfang an einer der Wunschkandidaten. Er musste aber Ende Februar aus beruflichen Gründen absagen, da seine damalige Stelle als Leiter eines Alterszentrums mit über 80 Mitarbeitern ein zusätzliches Engagement als SVP-Präsident ausschloss. Unterdessen hat er seine heutige Stelle nach 15 Jahren gekündigt, um sich beruflich neu zu orientieren. Damit ist für ihn die Übernahme des Parteipräsidiums möglich geworden. Und er hat die Kandidatur angenommen. Marco Chiesa gehört zu den jüngeren Vertretern im Ständerat und überzeugt durch seine klare politische Auffassung, die das Wohl der Schweiz in den Mittelpunkt stellt.

Marco Chiesa leistete im Tessin solide Aufbauarbeit für die SVP, zuerst im Gemeiderat der kleinen Gemeinde Villa Luganese, nach deren Fusion mit der Stadt Lugano im Gemeinderat von Lugano und zuletzt im Tessiner Grossrat. Von 2015 – 2019 war er Mitglied des Nationalrats und vor 10 Monaten wurde er von der Bevölkerung seines Heimatkantons zum Ständerat gewählt. Er ist gleichzeitig auch einer der drei Vizepräsidenten der SVP Schweiz.

Die Findungskommission erachtet es als Glücksfall und grossen Vorteil, dass der künftige Parteipräsident aus der lateinischen Schweiz kommt, geht es doch in der kommenden Amtsperiode vor allem auch darum, die SVP in der Romandie zu stärken. Als Bewohner des Grenzkantons Tessin setzt sich Marco Chiesa seit Jahren gegen die unkontrollierte Zuwanderung, die Staus auf den Strassen, die steigenden Immobilienpreise, gegen die unfaire Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, den Druck auf die Löhne und den Druck auf die älteren inländischen Arbeitnehmenden und gegen die zunehmende Kriminalität ein – alles negative Folgen der Personenfreizügigkeit. Auch wehrt sich Marco Chiesa aus tiefster Überzeugung gegen die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU mit einem Rahmenabkommen. Er ist damit ein Garant dafür, dass diese zentralen Themen auch in der laufenden Legislatur bestimmend bleiben für die Politik der SVP Schweiz. Marco Chiesa ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er hat sein Studium in Betriebswirtschaft an der Universität in Freiburg abgeschlossen. Er spricht fliessend italienisch, französisch sowie gut deutsch.

Mit Marco Chiesa ist die SVP Schweiz bestens gerüstet für die Zukunft!

AUGUST

Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz unterstützt einstimmig die Kandidatur Marco Chiesas

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. August 2020

Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz schlägt den Parteigremien mit Marco Chiesa eine Einerkandidatur fürs Parteipräsidium vor. Der Tessiner Ständerat setzt sich mit Herzblut für das Wohl der Schweiz und die Kernanliegen der SVP – die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, die Verhinderung einer institutionellen EU-Anbindung, die Ausschaffung krimineller Ausländer und tiefere Steuern und Abgaben – ein. Von Vorteil ist auch, dass er aus der lateinischen Schweiz kommt, wo diese Themen immer bedeutender werden und die SVP entsprechend den grössten Wachstumsmarkt hat. Weiter hat der Parteileitungsausschuss einstimmig beschlossen, dass der neue Präsident keinen Lohn, sondern eine angemessene Spesenpauschale erhält.

Die Delegierten der SVP Schweiz wählen an ihrer Versammlung vom 22. August 2020 in Brugg (AG) einen neuen Parteipräsidenten und bestellen die Parteiorgane neu. Im Hinblick auf die Präsidiumswahl hat die Findungskommission dem Parteileitungsausschuss mit Ständerat Marco Chiesa eine Einerkandidatur vorgeschlagen. Der Parteileitungsausschuss hat diesen Vorschlag an seiner heutigen Sitzung bestätigt und empfiehlt den Parteigremien damit einstimmig Marco Chiesa zur Wahl.

Der Tessiner Ständerat überzeugt den Parteileitungsausschuss, weil er sich aus Überzeugung, mit grossem Engagement und viel Herzblut für das Wohl der Schweiz und der Schweizer Bevölkerung einsetzt. Er teilt die Kernanliegen der SVP Schweiz, was unter anderem in seinen parlamentarischen Voten und Vorstössen deutlich wird. So hat Marco Chiesa etwa die Druckversuche der EU kritisiert (Interpellation 19.4001),

zu Beginn der Corona-Pandemie auf strikte Einreise- und Grenzkontrollen gepocht (Interpellation 20.3102) oder gefordert, dass nur Bundesrat werden kann, wer ausschliesslich die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt (Parlamentarische Initiative 17.468). Marco Chiesa setzt sich vehement für die Selbstbestimmung der Schweiz (Votum 17.046), sowie für die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und somit für die Begrenzungsinitiative ein (Votum 19.026).

Aus Sicht des Parteileitungsausschusses ist zudem von Vorteil, dass Marco Chiesa als Vertreter der lateinischen Schweiz das nötige Verständnis für die in der nächsten Amtsperiode anstehende wichtige Aufgabe mitbringt, die SVP vor allem auch in der lateinischen Schweiz zu stärken, wo sie den grössten Wachstumsmarkt hat.

Zwei neue Mitglieder im Parteileitungsausschuss

An Stelle des aktuellen Vizepräsidenten Marco Chiesa schlägt der Parteileitungsausschuss den Gremien die Wahl des Luzerner Nationalrats Franz Grüter vor. Als Ersatz für den aus dem Gremium ausscheidenden alt Nationalrat Adrian Amstutz schlägt der Parteileitungsausschuss den Thurgauer Nationalrat Manuel Strupler vor. Zudem soll die Parteileitung ergänzt werden mit Nationalrätin Monika Rüegger (OW), neue Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik, und Lars Guggisberg (BE), neuer Verantwortlicher Finanz- und Steuerpolitik.

Der Parteileitungsausschuss ist überzeugt, mit diesem Antrag an die Parteiorgane ein schlagkräftiges Team zu präsentieren, das sich weiterhin zum Wohl von Land und Bevölkerung, für die direkte Demokratie sowie für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schweiz einsetzt.

Zu viel ist zu viel: Die Schweiz zerbricht unter dem Druck der masslosen Zuwanderung
Auszug aus der Medienkonferenz vom 11. August 2020

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 sind netto rund 1 Million Menschen in der Schweiz zugewandert. Die Folgen dieser Massenansässigkeit sind für unser kleines Land verheerend: Die Schweiz wird zubetoniert, unsere Infrastruktur ist überlastet, Schweizer Arbeitnehmende werden verdrängt und die Bildung unserer Kinder leidet. Mit einem klaren JA zur Begrenzungsinitiative am 27. September können wir die Zuwanderung wieder nach den Bedürfnissen unseres Landes steuern – bevor die Schweiz unter dem Druck der EU zerbricht.

8000 bis maximal 10‘000 Zuwanderer pro Jahr würden durch die Personenfreizügigkeit in unser Land kommen. Dies versprach der Bundesrat dem Schweizervolk vor der Abstimmung zu den Bilateralen I vom 21. Mai 2000. Heute klingen diese Worte wie blanker Hohn: Tatsächlich sind seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 pro Jahr durchschnittlich mehr als 75‘000 Menschen in unser Land geströmt und jedes Jahr kommen weitere Zehntausende dazu. Das macht in den letzten 13 Jahren rund 1 Million mehr Menschen – zwei Drittel dieser Zuwanderer kommen aus dem EU-Raum, dessen Bürger wegen der Personenfreizügigkeit einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz haben. Unser kleines Land droht unter dem Druck dieser Massenzuwanderung zu zerbrechen.

«Es ist davon auszugehen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Personenfreizügigkeit damals abgelehnt hätten, wenn sie die ganze Wahrheit über die Zuwanderung gekannt hätten», sagt Marcel Dettling, Schwyzer Nationalrat zum Auftakt der Kampagne zur Begrenzungsinitiative vor den Medien in Bern. «Mit der Begrenzungsinitiative haben wir jetzt die Möglichkeit, die Zuwanderung endlich wieder selber und nach den Bedürfnissen unseres Landes zu steuern.»

Vorstand der SVP Schweiz empfiehlt Marco Chiesa einstimmig zur Wahl
Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. August 2020

An seiner Sitzung in Brugg Windisch (AG) hat der Vorstand der SVP Schweiz einstimmig beschlossen, den Delegierten Marco Chiesa zur Wahl fürs Parteipräsidium zu empfehlen. Für die Abstimmung vom 27. September empfiehlt der Vorstand den Delegierten ein Ja zur Begrenzungsinitiative, zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und zu höheren Steuerabzügen für die Kinderbetreuung.

Die Delegierten der SVP Schweiz werden an ihrer Versammlung in Brugg Windisch (AG) den neuen Präsidenten wählen. Der Vorstand der SVP Schweiz hat sich heute zuhanden der Delegierten einstimmig für den vom Parteileitungsausschuss vorgeschlagenen Kandidaten, den Tessiner Ständerat Marco Chiesa, ausgesprochen.

Ständerat Marco Chiesa als neuer Präsident der SVP Schweiz gewählt!
Delegiertenversammlung vom Samstag 22. August 2020

An der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Brugg-Windisch (AG) wurde Ständerat Marco Chiesa als neuer Präsident gewählt. Als einer von drei Vizepräsiden-

ten wurde neu Nationalrat Franz Grüter als Ersatz von Marco Chiesa gewählt. Ebenfalls fanden die Gesamterneuerungswahlen der Parteigremien statt. Weiter wurden die Parolen für die kommenden Abstimmungen am 27. September gefasst. Eines der zentralen Anliegen ist die Begrenzungsinitiative. Zu viel ist zu viel – wir wollen endlich die Kontrolle über die Zuwanderung zurück!

EU-Grenzschutz: Steigende Kosten bei wenig Nutzen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. August 2020

Die SVP lehnt die automatische Übernahme der revidierten EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache ab. Als souveräner Staat muss die Schweiz ihre Grenzen selber schützen und nicht im Inland benötigtes Personal ins Ausland senden. Störend sind auch die steigenden Kosten bei geringem Nutzen. Spätestens seit 2015 ist klar: Der EU-Grenzschutz funktioniert genau so wenig wie das Dublin-Abkommen.

Mittlerweile tritt immer deutlicher zu Tage, wie sehr die Schweizer Bevölkerung vom Bundesrat bei der Abstimmung zum Schengen-/Dublin-Vertrag über den Tisch gezogen wurde. Nicht nur sind die vom Bundesrat damals angegebenen Kosten förmlich explodiert. Sie werden auch künftig weiter steigen, wie die nun vom Bundesrat verabschiedete Übernahme der revidierten EU-Verordnung zeigt. Und dies bei äusserst geringem Nutzen. Denn spätestens seit der Migrationskrise 2015 ist klar, dass der teure EU-Grenzschutz nicht funktioniert. Er verhindert weder die illegale Migration nach Europa, noch trägt er zu einer merklichen Verbesserung der Rückführung abgelehnter Asylbewerber bei.

SVP-Fraktion informiert sich im Kanton Jura über die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit und lehnt Mehrausgaben in Milliardenhöhe ab
Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. August 2020

Die SVP-Fraktion hat sich im Hinblick auf die Herbstsession in Delémont (JU) zu einer Sitzung getroffen. Der Kanton Jura ist einer jener Kantone, die besonders stark von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen sind. Gleichzeitig sorgt die Personenfreizügigkeit für zusätzlichen Druck auf dem Arbeitsmarkt: Die beliebige Verfügbarkeit von Tausenden billigen EU-Grenzgängern sorgt für sinkende Löhne und dafür, dass vor allem ältere Arbeitnehmende aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Den ohnehin strukturschwachen Kanton Jura trifft die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise besonders hart, wie die SVP-Fraktion im Anschluss an ihre Sitzung in Delémont (JU) im Austausch mit der lokalen Bevölkerung erfahren hat. In den vergangenen Monaten haben viele der Menschen hier ihre Stelle verloren. Die Arbeitslosenquote hat im Juli bereits hohe 5 % erreicht – das sind 1,8 Prozent mehr als noch im Juli 2019.

Dass durch die Personenfreizügigkeit Tausende von billigen EU-Grenzgängern auf den lokalen Arbeitsmarkt drängen, verschärft die Situation zusätzlich. In den letzten 5 Jahren hat die Zahl der EU-Grenzgänger um rund 19 % auf 8’639 Personen (Stand Juni 2020) zugenommen. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Frankreich ist davon auszugehen, dass künftig noch mehr billige EU-Grenzgänger und -Zuwanderer auf den Schweizer Arbeitsmarkt drängen werden. Wie andere Grenzregionen, so leidet auch der Kanton Jura stark unter Lohndumping und unter der Verdrängung von vor allem älteren Arbeitnehmenden.

SEPTEMBER

Massenzuwanderung vernichtet Klimaziele

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. September 2020

Der Stromverbrauch der Schweiz hat seit 2000 zugenommen und wird laut einer Studie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Einer der Hauptgründe dafür ist die masslose Zuwanderung. Diese führt nicht nur zu einem höheren Stromverbrauch, sie macht auch sämtliche teuren Energieeffizienzmassnahmen zur CO2-Reduktion zunichte. Doch statt endlich die Zuwanderung zum Vorteil unseres Landes und unserer Umwelt zu steuern, zieht Links-grün den Menschen in der Schweiz lieber mit neuen Abgaben und Steuern das hart verdiente Geld aus der Tasche.

Herbstsession 2020 (7. – 25. September)

SVP hilft den «vergessenen Branchen» in der Covid-19-Krise

20.058 Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid 19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Die einschneidenden Massnahmen des Bundes gegen Covid-19 haben dafür sorgt, dass viele Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind; auch solche, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben. Die Linke wollte dies zum Anlass nehmen, ein umfassendes, mit Steuergeldern finanziertes Staatsprogramm zu schaffen. Doch die SVP hat massgeblich den überparteilichen Kompromiss mitgeprägt, dass Selbständigen bis am 30. Juni 2021 gezielt geholfen werden kann. Das betrifft insbesondere auch die bisher «vergessenen Branchen» wie Schausteller oder die Reisebranche. Anspruch hat, wer weniger als 55% des Umsatzes der vergangenen Jahre erwirtschaftet. Sollten nach Auslaufen der Hilfe weiterhin Probleme bestehen, können Härtefalle weiterhin unterstützt werden, wenn sich auch die Kantone beteiligen.

Ausschaffungen nicht den Auslegungen europäischer Richter unterwerfen

20.025 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schengener Informationssystem (SIS)

Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig dem EU-Recht unterstellen. Damit hätte die EU bzw. deren Gerichtshof künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf. Die SVP stemmte sich dagegen und konnte wohl erstmalig erreichen, dass der Nationalrat eine Schengen-Vorlage ablehnte.

Die SVP fordert vom Bundesrat, dass er im Ständerat eine Anpassung der Vorlage unterstützt und auf die Unterstellung unter das EU-Recht verzichtet.

Schädliche Landwirtschaftsinitiative zur Ablehnung empfohlen

18.096 Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz. Volksinitiative

19.025 Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Volksinitiative

Die beiden Initiativen verfolgen auf unterschiedlichen Wegen das gleiche Ziel. Die Pestizidinitiative fordert ein komplettes Verbot synthetischer Pestizide. Die Trinkwasser-Initiative setzt beim Geld an. Sie verlangt, dass nur noch jene Bauern Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden, Antibiotika und zugekauftes Futter verzichten. Die Folge wären Ernteausfälle und steigende Preise. Mehr Lebensmittel müssten aus dem Ausland importiert werden. Dank der SVP empfiehlt das Parlament dem Volk die Ablehnung der beiden Initiativen.

Loslösung von den EU-Bildungsprogrammen bei der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

19.072 Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision

Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Denn mit dem Austritt Grossbritanniens befinden sich die besten Universitäten Europas definitiv nicht mehr in der EU. Neu sollen neben internationalen Förderprogrammen gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können.

Parlament bewilligt Kostenfolgen von über 100 Milliarden

Trotz Krisenstimmung ist die Finanzdisziplin im Parlament erneut komplett eingebrochen. Die SVP war oftmals dagegen, die bereits hohen bundesrätlichen Forderungen noch weiter aufzustocken. Das nach der Klimawahl 2019 deutlich linkere Parlament bewilligte in dieser einen Session wieder weit mehr Ausgaben, als der Bund normalerweise in einem Jahr ausgibt. Insgesamt werden die Bürger und Unternehmen aufgrund der getroffenen Entscheide über 100 Milliarden Franken an Steuern und Gebühren entrichten müssen. Unter anderem entstehen dem Steuerzahler folgende Kosten: Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024: 28.1 Mia.; Totalrevision CO2-Gesetz: 14.4 Mia.; Bahninfrastruktur: 14.4 Mia.; Zusatzfinanzierung Arbeitslosenversicherung: 14.2 Mia.; Entwicklungszusammenarbeit 2021-2024: 11.3 Mia.; Horizon-Paket 2021–2027: 6.2 Mia.;

Kulturförderung 2021-2024: 1 Mia.; öV-Unterstützung aufgrund der Covid-19-Pandemie: 0.9 Mia.; Weltbankgruppe und Afrikanische Entwicklungsbank: 0.3 Mia.

Alle im Parlament ausser der SVP wollen ein EU-Rahmenabkommen

19.078 Legislaturplanung 2019-2023

Im Rahmen der Legislaturplanung setzte sich der Bundesrat das Ziel, das institutionelle Abkommen mit der EU unter Dach und Fach zu bringen. Der SVP-Antrag, dieses Ziel zu streichen, wurde von keiner anderen Partei unterstützt. Die Vorbehalte anderer Parteien sind somit nur vorgeheuchelt. Die SVP hat deshalb zwei Vorstösse eingereicht, die in der Wintersession behandelt werden. Dann müssen die anderen Parteien erneut Farbe bekennen, ob sie es mit den Nachbesserungen in den Bereichen Lohnschutz, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie ernst meinen oder partout am Rahmenabkommen festhalten.

Klimawahnsinn: Trotz Krise soll alles noch teurer werden

17.071 Totalrevision des CO2-Gesetzes nach 2020

Das teure CO2-Gesetz wurde von beiden Räten und gegen den alleinigen Widerstand der SVP verabschiedet. Konkret haben die Linken und Grünen aller Parteien einen Benzinzuschlag von 12 Rappen pro Liter beschlossen. Tatsächlich bedeutet dies aber eine Benzinpreiserhöhung von 20 Rappen pro Liter. Denn hinzu kommen 4 Rappen Steuererlass für Biotreibstoff sowie die bereits früher beschlossenen 4 Rappen für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Doch das ist noch nicht alles: Ab 2023 sollen die CO2-Grenzwerte von Heizungen so tief angesetzt werden, dass dies faktisch einem Verbot von neuen Ölheizungen gleichkommt. Die Erhöhung der Lenkungsabgabe verteuert den Liter Heizöl um 27 Rappen und führt für einen durchschnittlichen Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von mehreren hundert Franken. Hinzu kommt eine unsoziale Ticketabgabe von – je nach Flugstrecke – 30 bis 120 Franken. Für die SVP ist deshalb klar, dass die Stimmbevölkerung beim CO2-Gesetz das letzte Wort haben muss und unterstützt das Referendum.

Parlament will mehr Flüchtlinge von Griechenland übernehmen

20.3143 Mo. SPK-NR. Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens

20.4064 Mo. Bircher. Keine Aufnahme von Asylsuchenden aus abgebrannten Lagern

Die Schweiz weist bereits einen enorm hohen Ausländeranteil auf und nimmt jedes Jahr zehntausende Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten auf. Trotzdem will eine Parlamentsmehrheit nun noch direkt Flüchtlinge aus Griechenland übernehmen. Nach dem Nationalrat nahm nun auch der Ständerat eine Motion an, die zusätzlich fordert, dass die Schweiz sich an einem europäischen Verteilmechanismus für Migranten beteiligt. Die SVP reichte ihrerseits eine Motion ein, welche die Aufnahme aus beschädigten oder zerstörten Lagern verbietet. Wer mutmasslich Feuer legt, soll nicht noch dafür belohnt werden.

Roadpricing durch die Hintertür

19.045 Nationalstrassenabgabegesetz. Änderung

Gegen die Einführung einer elektronischen Autobahnvignette allein, wie sie nun beide Kammern beschlossen haben, würde eigentlich nichts sprechen. Doch die Koppelung einer Strassenbenützungsgebühr an ein Nummernschild schafft die Voraussetzungen dafür, dass bald nicht nur Autobahnen, sondern auch andere Strassengebühren automatisiert erhoben werden können. Es droht ein Road Pricing, bei dem die Autofahrer einmal mehr zu Kasse gebeten werden, wenn sie gewisse Strassenabschnitte zu gewissen Zeiten passieren oder einfach grundsätzlich mehr Steuern entrichten müssen, um die Attraktivität des öV künstlich zu erhöhen. SVP-Fraktion spricht sich für die Unterstützung Selbstständigerwerbender aus.

SVP-Fraktion spricht sich für die Unterstützung Selbstständigerwerbender aus
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. September 2020

Die SVP-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, auf das Covid-19-Gesetz einzutreten, damit die heute im Rat überwiesene SVP-Fraktionsmotion zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden umgesetzt werden kann. Weiter hat die SVP-Fraktion entschieden, der Vereinigten Bundesversammlung die Nicht-Wiederwahl von Bundesrichter Yves Donzallaz als Mitglied der SVP zu beantragen. Sollte Yves Donzallaz bis zum 23. September 2020 seine politische Heimat nicht mehr in der SVP sehen und aus der Partei austreten, würde die SVP-Fraktion die Wiederwahl von Yves Donzallaz als parteilosen Bundesrichter unterstützen.

Das Parlament wird in dieser Session das Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid 19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) beraten. Die SVP will in erster Linie so rasch als möglich zurück zur Normalität. Die aktuellen Hospitalisationen und Sterberaten rechtfertigen keine Weiterführung der wirtschaftlichen Einschränkung. Die SVP-Fraktion hat in ihrer Sitzung dennoch beschlossen, auf das Gesetz einzutreten, zumal dieses auch die Umsetzung der heute im Rat überwiesenen SVP-Fraktionsmotion zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden beinhaltet.

Einsatz der SVP-Fraktion für eine massvolle Zuwanderung und den Wohlstand der Schweiz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. September 2020

Die SVP-Fraktion lehnt in ihrer heutigen Sitzung die gefährliche 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten (Juso) einstimmig ab. Diese Verarmungs-Initiative – wie dieses Begehren konsequenterweise heissen müsste – würde dem Werkplatz Schweiz massiv schaden und letztlich wieder einmal mehr die Arbeitnehmenden hart treffen. Nach der Sitzung setzten sich die Mitglieder der SVP-Fraktion für ein JA zur Begrenzungsinitiative am 27. September ein: Sie verteilten auf dem Bahnhofplatz in Bern Flyer und suchten das Gespräch mit der Bevölkerung.

SVP reicht Strafanzeige gegen Versände für die Begrenzungsinitiative über die deutsche Post ein
Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. September 2020

Unzählige Menschen haben in der Schweiz persönlich adressierte Werbung für die Begrenzungsinitiative erhalten. Die SVP Schweiz geht davon aus, dass es sich um eine Aktion der politischen Gegner handelt mit der klaren Absicht, der Begrenzungsinitiative zu schaden. Daher hat die SVP Schweiz heute bei der Kantonspolizei Bern Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht.

Ein Briefversand hat unzählige Menschen in der Schweiz massiv verärgert. Dies auch deshalb, weil der persönlich adressierte Brief sogar an seit Jahren verstorbene Personen adressiert war. Inhalt des Couverts war ein Blatt Papier mit dem Logo der Ja-Kampagne für die Begrenzungsinitiative. Versandt wurde der Brief über die Deutsche Post.

Die SVP Schweiz und die Kampagnenleitung der Begrenzungsinitiative distanzieren sich in aller Form von diesem Schreiben. Das Schreiben stammt nicht von der SVP. Vielmehr ist die SVP davon überzeugt, dass politische Gegner Absender des Schreibens sind. Dies mit dem Ziel, die SVP unglaubwürdig zu machen und der Begrenzungsinitiative zu schaden.

Keine Aufnahme von Asylbewerbern aus abgebrannten Lagern
Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. September 2020

Bundesrat und Parlament hatten den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, das Dublin-Abkommen würde zu weniger Asylbewerbern in der Schweiz führen. Das nach der Klimawahl 2019 deutlich linkere Parlament sagt nun Ja zu einer Reform des Dublin-Abkommens hin zu einer Verteilung von Asylbewerbern in Europa. Die SVP lehnt dies klar ab. Zudem fordert sie in einer Motion, keine Asylbewerber aus abgebrannten Lagern aufzunehmen. Aggressiven Migranten, die mit Gewalt die Weiterreise in ihre europäischen Wunschländer erzwingen wollen, darf nicht nachgegeben werden.

Eidgenössische Abstimmung vom 27. September 2020

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Die SVP kämpft gegen jegliche weitere Anbindung an die EU
Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. September 2020

Die SVP Schweiz nimmt das Nein zur Begrenzungsinitiative mit Bedauern zur Kenntnis. Offenbar hat die Guillotine-Klausel gewonnen und die Stimmbevölkerung will in der Corona-Krise am aktuellen Zustand festhalten. Für die SVP ist das Nein

zur Begrenzungs-Initiative eine verpasste Chance, endlich zu einer kontrollierten und für unser Land und unsere Gesellschaft verträglichen Zuwanderung zurückzukehren. Weil der Verfassungsauftrag, die Zuwanderung eigenständig zu steuern, noch immer nicht umgesetzt ist, wird sich die SVP weiter dafür einsetzen. Auch wird die SVP den Kräften entschieden entgegentreten, die das Nein zur Begrenzungs-Initiative in ein Ja zum Institutionellen Abkommen (InstA) mit der EU umdeuten wollen. Die SVP wird diesen Unterjochungsvertrag sowie jegliche weitere Anbindung an die EU entschieden bekämpfen.

OKTOBER

Nationalrat Peter Keller als neuer Generalsekretär der SVP Schweiz vorgeschlagen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 9. Oktober 2020

Der Parteileitungsausschuss schlägt der SVP Parteileitung Nationalrat Peter Keller als neuen Generalsekretär der Schweizerischen Volkspartei zur Wahl vor. Er soll per 1. Januar 2021 Nachfolger des bisherigen Generalsekretärs Emanuel Waeber werden, welcher altershalber sein Pensum reduziert.

Der bisherige Generalsekretär Emanuel Waeber hat sich entschieden, sein Arbeitspensum im Generalsekretariat der SVP Schweiz altershalber zu reduzieren und deshalb seine Funktion als Generalsekretär abzugeben.

Als neuen Generalsekretär per 1. Januar 2021 schlägt der Parteileitungsausschuss der SVP Parteileitung Nationalrat Peter Keller vor. Der 49-jährige Peter Keller ist seit 2011 Nationalrat des Kantons Nidwalden und verfügt über eine langjährige politische Erfahrung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. In seiner langjährigen Tätigkeit als Redaktor und freier Journalist für die Weltwoche ist er auch mit den Medien bestens vertraut. Um in seiner neuen Funktion als Generalsekretär der SVP Schweiz genügend Kapazität zur Verfügung zu haben, wird er nach Übernahme seiner neuen Aufgabe als Generalsekretär seine Tätigkeit bei der Weltwoche auf vereinzelte nicht-politische Themen reduzieren.

Der bisherige Generalsekretär Emanuel Waeber steht dem Generalsekretariat und dem neuen Generalsekretär weiterhin mit einem Teilzeitpensum zur Verfügung. Damit wird die Kontinuität im Generalsekretariat frühzeitig vor den eidgenössischen Wahlen 2023 gewährleistet.

Die Schweizerische Volkspartei dankt Emanuel Waeber für seine spontane Bereitschaft, im Oktober 2018 und damit vor dem Wahljahr 2019 die Funktion des Generalsekretärs zu übernehmen, für seine tatkräftige Arbeit als Generalsekretär in den vergangenen Jahren und seine Bereitschaft, dem Generalsekretariat und dem neuen Generalsekretär weiterhin unterstützend zur Verfügung zu stehen. Die Wahl des neuen Generalsekretärs durch die Parteileitung und den Parteivorstand ist für den 23. Oktober 2020 vorgesehen.

Eigenverantwortung statt weitere drastische Corona-Massnahmen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Oktober 2020

Aufgrund der hochschnellenden Infektionszahlen will der Bundesrat schweizweite Massnahmen verordnen und nimmt damit massive Eingriffe in unsere verfassungsmässigen Grundrechte in Kauf. Die SVP Schweiz erwartet, dass der Bundesrat die Kompetenzen rasch wieder an die Kantone übergibt.

Für die SVP Schweiz ist es völlig unverständlich, dass für Familienanlässe in den eigenen vier Wänden wie Kindergeburtstage und Jubiläumsfeiern mit über 15 Personen eine Maskenpflicht gelten soll. Zudem ist ein generelles Versammlungsverbot eine viel zu drastische Massnahme, welche unser gesamtes Vereinsleben zum zweiten Mal lahmlegen wird. Wir bezahlen nun den Preis einer Laissez-faire-Behördenpolitik linker Städte, die illegale Partys und Demonstrationen zuliessen und damit grobfahrlässig die Gesundheit aller Menschen in der Schweiz sowie den Wohlstand unseres Landes gefährden.

SVP will Unternehmen entlasten
Auszug aus der Medienmitteilung vom 19. Oktober 2020

Unsere Betriebe sind während der Corona-Pandemie wirtschaftlich ausserordentlich belastet und in zahlreichen Branchen drohen Massenentlassungen und Betriebsschliessungen. Die SVP ist bestürzt, dass die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) trotz Corona-Krise unsere Betriebe administrativ nicht entlasten will und dem Antrag auf Verschiebung des am 1. Juli 2020 in Kraft getretenen Art. 13a Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Mann und Frau nicht gefolgt ist.

Denn gemäss dieser Bestimmung müssen Arbeitgebende, die zu Jahresbeginn hundert oder mehr Arbeitnehmende beschäftigen, für das betreffende Jahr eine betriebsinterne Lohngleichheitsanalyse durchführen. Da die Gesetzesänderung erstmals am 1. Juli 2020 in Kraft tritt, betrifft dies Unternehmen, welche am 1. Januar 2020 hundert oder mehr Mitarbeitende beschäftigt haben.

Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie sind praktisch alle Unternehmen betroffen und zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Ganz besonders hart trifft es neben vielen anderen Sektoren die Gastronomie- oder Tourismusbranche.

So gibt einige Unternehmen, welche anfangs 2020 noch knapp mehr als hundert Mitarbeitende beschäftigten, im Laufe des Jahres jedoch daruntergefallen sind. Dies bestimmt nicht freiwillig und gerade diese Unternehmen sind finanziell stark belastet. Vor diesem Hintergrund eine Lohngleichheitsanalyse zu verlangen, kostet den betroffenen Unternehmen zusätzlich viel Geld und Aufwand. Der Antrag der SVP, den Bundesrat aufzufordern, den Stichtag anzupassen und zu verschieben fand kein Gehör.

Für ein Klima der Vernunft
Auszug aus der Medienkonferenz vom 20. Oktober 2020

Die SVP Schweiz unterstützt das durch diverse Wirtschaftsverbände ergriffene Referendum gegen das CO2-Gesetz. Das völlig missratene Gesetz enthält zahlreiche Verbote, Regulierungen sowie höhere Steuern und Abgaben und ist zu einem komplizierten Bürokratiemonster verkommen. Auf die Allgemeinheit werden in den kommenden Jahren Zusatzkosten von rund 30 bis 40 Milliarden Schweizer Franken zukommen. Dabei ist belegt, dass schon die Lenkungswirkung der bestehenden CO2-Abgabe praktisch gleich null ist. Die Schweiz hat den pro-Kopf-Ausstoss der Treibhausgase in den letzten 10 Jahren um 24 Prozent reduziert. Dies nicht aufgrund staatlicher Eingriffe und Bevormundung, sondern weil neue Technologien zur Verfügung stehen, in welche die Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung fleissig investieren. Das CO2-Gesetz ist überflüssig und kontraproduktiv.

Die SVP Schweiz unterstützt das durch diverse Wirtschaftsverbände ergriffene Referendum gegen das neue CO2-Gesetz und wird dafür aktiv Unterschriften sammeln. Das bestehende Gesetz wurde von Bundesrat und Parlament in ein kompliziertes Bürokratiemonster mit zahlreichen Verboten und Vorschriften verwandelt, gipfelt in einer gewaltigen Umverteilungs-Maschinerie und erinnert an sozialistische Staatswirtschaften.

Kosten von 30 bis 40 Milliarden Franken

Das CO2-Gesetz wird die Allgemeinheit und die Wirtschaft in den kommenden Jahren 30 bis 40 Milliarden Franken kosten, durch höhere Steuern und Abgaben. Der Preis für Benzin und Diesel wird um 12 Rappen pro Liter erhöht, die CO2-Steuer verdoppelt und Flugticketsteuern von bis zu 120 Franken pro Flug eingeführt. Das alles kann einen vierköpfigen Haushalt jährlich rund 1’500 Franken mehr kosten. Höhere Konsumentenpreise, die durch das Gesetz entstehen sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Die Linke behauptet, dass die Bevölkerung durch das CO2-Gesetz mehr Geld in der Tasche haben wird als zuvor. Doch diese Rechnung kann nicht aufgehen. Die so genannte Lenkungsabgabe ist ein Etikettenschwindel. Der Bund zwackt von den neuen Steuern und Abgaben mindestens 1 Milliarde Franken jährlich ab. Mit dem Geld werden neue Profiteure geschaffen, welche am Tropf des Staates hängen, solange das Geld fliesst.

Rentner müssen Häuser aufgeben

Mit dem neuen CO2-Gesetz wird der Staat in naher Zukunft den Ersatz von sämtlichen Öl- und Gasheizungen vorschreiben, ob dies energetisch und ökologisch sinnvoll ist oder nicht. Die meisten sanierungsbedürftigen Häuser sind im Eigentum von Rentnerinnen und Rentner. Diese werden faktisch zur Gesamtsanierung ihres Hauses verpflichtet und so zu Investitionen von 100'000 bis 150'000 Franken gezwungen. Geld, welches viele ältere Mitbürger nicht flüssig auf dem Konto haben und auch von der Bank – angesichts fehlender Refinanzierungsmöglichkeiten im Alter – nicht erhalten werden. Das neue CO2-Gesetz wird also zwangsläufig auch zu zahlreichen sozialen Problemen bei älteren Hausbesitzern führen, bis hin zur erzwungenen Aufgabe des Wohneigentums.

SVP verlegt die Delegiertenversammlung ins Internet
Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. Oktober 2020

Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz hat entschieden, die am Samstag, 24. Oktober 2020, ursprünglich im Wallis geplante Delegiertenversammlung digital durchzuführen. Auch die Gremiensitzungen vom Freitag werden digital durchgeführt.

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz, die am 24. Oktober in Brig (VS) hätte stattfinden sollen, wird ins Internet verschoben. Dies hat der Parteileitungsausschuss entschieden. Grund für den Entscheid sind die in der ganzen Schweiz rapide steigenden Corona-Infektionszahlen und damit verbunden die Verschärfung der Schutzmassnahmen, die derzeit von vielen Kantonen erlassen werden. Es ist daher wahrscheinlich, dass der Kanton Wallis, der zu den von der zweiten Corona-Welle am Stärksten betroffenen Kantonen gehört, bald ebenfalls strengere Schutzvorschriften erlassen wird.

Um die Durchführung der Delegiertenversammlung am 24. Oktober garantieren zu können, hat sich der Parteileitungsausschuss für eine digitale Durchführung der Versammlung entschieden.

SVP-Delegierte fordern vom Bundesrat die Rückweisung des Institutionellen Abkommens mit der EU
Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 2020

An der digital durchgeführten Versammlung fordern die Delegierten der SVP Schweiz vom Bundesrat, das Institutionelle Abkommen mit der EU zurückzuweisen. Sie haben einer entsprechenden Resolution grossmehrheitlich zugestimmt. Zudem haben die Delegierten die Parolen für die Volksabstimmung vom 29. November gefasst: Sie lehnen sowohl die Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» als auch die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» klar ab.

Die Delegierten der SVP Schweiz haben sich an ihrer digitalen Versammlung grossmehrheitlich für die vom Parteivorstand verabschiedete Resolution gegen das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der EU und der Schweiz ausgesprochen. Die Resolution umfasst 12 Punkte, welche die Beurteilung und Forderungen der SVP Schweiz in Bezug auf das InstA beinhalten. Dabei geht es um wesentlich mehr, als um Nebenschauplätze wie die Unionsbürgerrichtlinie, den Lohnschutz und die staatlichen Beihilfen.

Zentraler Kritikpunkt der SVP Schweiz am InstA ist die Tatsache, dass die Schweiz mit diesem Abkommen ihre Selbstbestimmung verlieren würde. Denn das InstA bedeutet, dass die Schweiz automatisch EU-Recht übernehmen sowie sich dem Europäischen Gerichtshof unterstellen müsste. Dies würde gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstossen, der die Unabhängigkeit des Landes und die direktdemokratischen Rechte des Volkes garantiert. Deshalb fordert die heute von den Delegierten verabschiedete Resolution den Bundesrat auf, das vorliegende Abkommen zurückzuweisen.

Delegierte sagen klar Nein zu den beiden linksextremen Initiativen

Für die Volksabstimmung vom 29. November haben die Delegierten zwei Mal die Nein-Parole gefasst: Sie lehnen die beiden linksextremen Initiativen «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» und «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» grossmehrheitlich ab.

Aufgrund der strengen Corona-Schutzmassnahmen und des Verbotes von grossen Veranstaltungen hat die SVP Schweiz heute ihre Delegiertenversammlung nicht wie ursprünglich geplant in Brig (VS), sondern digital durchgeführt. Den aus dem Kursaal in Bern gesendeten Live-Stream haben im Schnitt 800 Personen verfolgt.

Es darf keinen zweiten Lockdown geben
Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Oktober 2020

Der diesen Frühling vom Bundesrat verordnete Lockdown hat die Schweiz sechs Milliarden Franken gekostet – pro Woche! Zudem wurden seither tausende Arbeitnehmende entlassen und Stellen abgebaut. Die SVP Schweiz lehnt deshalb einen zweiten Lockdown entschieden ab. Sie unterstützt aber Massnahmen, die gleichzeitig den Gesundheitsschutz der Menschen und ein Aufrechterhalten der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen. Zudem appelliert die SVP an die Eigenverantwortung der Menschen.

Die SVP unterstützt die Maskenpflicht überall dort, wo sich Menschen in grosser Zahl aufhalten, ohne dass die Abstandsregeln eingehalten werden können. Zudem appelliert die SVP an die Eigenverantwortung der Menschen – in der aktuellen Pandemie-Situation muss jeder von uns besorgt sein, dass er gesund bleibt, damit es andere auch bleiben. Besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen haben sich selber vor einer Ansteckung zu schützen und sich – wenn nötig – so weit wie möglich zu isolieren.

Einen zweiten Lockdown können wir uns nicht leisten

Die SVP lehnt es jedoch klar ab, der Wirtschaft oder Teilen davon eine erneute Stilllegung oder Teil-Stilllegung zu verordnen. Dies schadet den Arbeitnehmenden, den Betrieben, ja unserem ganzen Land. Die Schäden, die durch den Lockdown im Frühling entstanden sind, waren immens. Die achtwöchige weitgehende Stilllegung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens hat damals 6 Milliarden Franken pro Woche gekostet. Seither haben tausende Arbeitnehmende ihre Stelle verloren und Hunderttausende sind noch immer in Kurzarbeit.

Die SVP sagt entschieden Nein zur staatlich angeordneten Enteignung
Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. Oktober 2020

An ihrer Sitzung zur Sondersession hat die SVP-Fraktion entschieden, nicht auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz einzutreten. Das Gesetz sieht vor, dass Vermieter für die Zeit des Lockdowns im Frühjahr auf 60 Prozent der Mieteinnahmen verzichten sollen. Dies entspricht einer staatlich angeordneten Enteignung und einer Verletzung der in der Verfassung verankerten Eigentumsgarantie, was die SVP entschieden ablehnt.

NOVEMBER

In der Krise akzentuieren sich die Probleme der masslosen Zuwanderung
Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. November 2020

Was die SVP schon immer vorausgesagt hat, bewahrheitet sich nun: In der Krise bleiben die Zuwanderer hier und profitieren von unserem gut ausgebauten und grosszügigen Sozialstaat. Zudem ist mit einer weiteren Zuwanderungswelle zu rechnen, sobald die Corona-Pandemie unter Kontrolle ist und die EU-Staaten die Reisebestimmungen wieder lockern. Angesichts der Wirtschaftskrise und der überall steigenden Arbeitslosigkeit bleibt die vergleichsweise reiche Schweiz die Wunschdestination für viele perspektivenlose Bürger aus EU-Ländern.

Gemäss den neusten Zahlen des Staatssekretariates für Migration (SEM) nahm von Januar bis September dieses Jahres die Zuwanderung in dies Schweiz um 5,3 Prozent ab. Gleichzeitig ging jedoch die Auswanderung um 14,8 Prozent zurück. Damit nahm der Wanderungssaldo im Vergleich zu 2019 um 10,3 Prozent auf 40’690 Personen zu. Insgesamt leben heute 2’139’088 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz.

Damit bewahrheitet sich die Prognose der SVP: in der Krise akzentuieren sich die Probleme der masslosen Zuwanderung. Denn entgegen der Zusicherungen der Befürworter der Personenfreizügigkeit, kehren die Zuwanderer in der Krise nicht in ihre Heimatländer zurück. Sie bleiben hier und richten sich in der sozialen Hängematte ein. Denn ein arbeitsloser EU-Ausländer erhält in der Schweiz mehr Geldern aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) oder der Sozialhilfe als er in seinem Heimatland mit

Arbeit verdienen kann. Es gibt in wirtschaftlich schlechten Zeiten somit keinen Grund wegzuziehen – auch weil die Arbeitslosigkeit in unseren Nachbarländern in schlechten Zeiten erfahrungsgemäss noch höher als in der Schweiz.

Es reicht: SVP fordert entschiedenes Vorgehen gegen den politischen Islam. Sicherheit für die eigene Bevölkerung statt Import von Flüchtlingsterroristen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 6. November 2020

Deutschland, Frankreich, Österreich – erneut schwappt eine Welle islamistischen Terrors über Europa. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Terror zu uns kommt: Denn auch die Schweiz toleriert sogenannte islamistische Gefährder. Diese falsche Toleranz muss aufhören. Die SVP fordert deshalb ein entschiedenes Vorgehen gegen den politischen Islam. Auch der Import von Flüchtlingsterroristen ist endlich zu stoppen.

Allein seit Anfang Oktober sind in unseren Nachbarländern mehrere Menschen von Islamisten regelrecht abgeschlachtet worden. Die Attentäter von Wien hatten sogar Verbindungen in die Schweiz. Es ist daher nicht die Frage ob, sondern wann auch auf unseren Strassen und in unseren Kirchen unschuldige Menschen geköpft, abgestochen oder erschossen werden.

Oft sind die Täter Flüchtlingsterroristen, die mit Unterstützung von Hilfsorganisationen illegal nach Europa geschleust werden. Hier können sie dank einer untätigen Politik das Asylsystem ausnützen und faktisch ungestört ihre mörderischen Pläne verfolgen. Denn die Mehrheitspolitik setzt den islamistischen Terroristen nichts entgegen. Nach jedem Anschlag, nach jeder antisemitischen Eskalation, nach jeder Ausschreitung, ja selbst nach Attentaten mit vielen Toten, reagiert auch die Schweizer Politik lediglich mit hohlen Worten und mit Deeskalationsrhetorik. Insbesondere Links-grün toleriert die Intoleranz der Islamisten – und die CVP verleugnet das C im Namen und damit die christlichen Werte.

Die SVP fordert vom Bundesrat Transparenz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. November 2020

Offenbar hat der Bundesrat entschieden, dass die Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU (InstA) weiter gehen sollen und Staatssekretärin Livia Leu ein Verhandlungsmandat mit Präzisierungen erteilt. Dass der Bundesrat den Inhalt dieses Mandates gegenüber dem Schweizer Volk verschweigt, ist für die SVP nicht hinnehmbar. Sie fordert vom Bundesrat Transparenz und eine klare Ablehnung der zwingenden EU-Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit.

Der vorliegende Entwurf des Institutionellen Abkommens mit der EU (InstA) würde dazu führen, dass die Schweiz ihre Souveränität verliert, weil sie automatisch EU-Gesetze übernehmen und sich der EU-Gerichtsbarkeit unterstellen müsste. Damit missachtet das Abkommen die Unabhängigkeit der Schweiz und verstösst gegen die Verfassung und gegen die grundsätzlichen Werte und Interessen der Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung. Aus diesem Grund lehnt die SVP das InstA entschieden ab. Sie forderte den Bundesrat auf, der EU unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz zwar an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

SVP-Fraktion: Schutz der Schweizer Bevölkerung statt falscher Toleranz
Auszug aus der Medienmitteilung vom 20. November 2020

Die Bundeshausfraktion der SVP hat im Hinblick auf die Wintersession folgende Beschlüsse gefasst:

- Die SVP-Fraktion verabschiedete einen Forderungskatalog gegen den radikal-islamistischen Terror.
- Corona führt zu massiven Steuerausfällen – die SVP-Fraktion fordert Konsolidierung der Bundesfinanzen, sonst drohen Steuererhöhungen für alle. Die erfolgreiche Schuldenbremse darf nicht angerührt werden.
- Die SVP-Fraktion nominierte einstimmig Guy Parmelin, Alex Kuprecht und Andreas Aebi für die Präsidien von Bundes-, Stände- und Nationalrat.

Links-Grün gefährdet mit falscher Toleranz die Sicherheit der Menschen in der Schweiz

Allein seit Anfang Oktober sind in unseren Nachbarländern mehrere Menschen von Islamisten regelrecht abgeschlachtet worden. Die Attentäter von Wien hatten sogar Verbindungen in die Schweiz. Es ist daher nicht die Frage ob, sondern wann auch bei uns unschuldige Menschen geköpft, abgestochen oder erschossen werden. Linksgrüne Kreise verantworten mit ihrer Politik, dass immer mehr Migranten mit unklarer Identität und mit ihnen Flüchtlings-Terroristen in die Schweiz kommen. Im Bundesparlament verhindert oder verzögert Links-Grün regelmässig die Verschärfung von Gesetzen und betreibt so Täterschutz.

Berufliche Vorsorge: Bersets Rentenklau von links
Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. November 2020

Bundesrat Alain Berset will mit seiner BVG-Vorlage die linke Umverteilungspolitik auf die Pensionskassen ausweiten. Das ist ein Angriff auf die Rentenersparnisse der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere des Mittelstands. Die SVP lehnt diesen Rentenklau von links entschieden ab: Die Gelder der 2. Säule, die jeder einzelne Beitragszahler anspart, dürfen nicht angetastet werden.

Parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»
Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. November 2020

SVP unterstützt Reduktion bei Pestiziden, lehnt Integration von Nährstoffreduktion ab. Der Nationalrat wird am 2. Dezember die Parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» beraten. Diese Initiative aus dem Ständerat wurde quasi als indirekter Gegenvorschlag gegen die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative lanciert. Die SVP unterstützt die ursprünglich angedachte Idee der Absenkung von Pestiziden. Im Rahmen der Beratung im Ständerat wurde jedoch die Absenkung der Nährstoffe in die Vorlage gepackt. Dies lehnt die SVP klar ab. Denn eine Absenkung der Nährstoffe ist nur mit einer deutlichen Reduzierung des Tierbestandes in der Schweiz möglich. Damit würde der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz deutlich gesenkt und die Folge wären mehr Importe, vor allem beim Fleisch.

Eidgenössische Abstimmung vom 29. November 2020

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»
Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt (Konzernverantwortungsinitiative)»

Knappes Resultat ist die Quittung für die Anbiederung nach links
29. November 2020
Das knappe Abstimmungsresultat ist ein Weckruf für die Wirtschaftsverbände und die Mitteparteien – sie müssen sich endlich klar gegen Links-Grün und deren Umverteilungs-Sozialismus abgrenzen.

Die SVP Schweiz begrüsst die Ablehnung der linksextremen Initiativen «Für ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterialproduzenten» und «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt». Damit haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger grossen Schaden von den Schweizer Unternehmen und den Vorsorgeeinrichtungen abgewendet. Am knappen Resultat tragen gewisse Wirtschaftsverbände, allen voran die Economiesuisse, Mitverantwortung: Dies ist die Quittung dafür, dass sie sich nicht mutig von Links-Grün distanzieren.

Wintersession 2020 (30. November 2020 – 18. Dezember 2020)

Senkung der Corona-Fallzahlen ohne Abwürgen des Gewerbes

20.093 Erklärung des Nationalrats. Keine schärferen Covid-Vorschriften für den Schweizer Wintersport

Unter Federführung der SVP hat der Nationalrat eine dringliche Erklärung an den Bundesrat gerichtet, keine Verschärfung der COVID-19-Massnahmen für den Schweizer Wintersport vorzunehmen. Der Nationalrat hat den Bundesrat aufgefordert, auf Kapazitätsgrenzen für Skigebiete zu verzichten und für alle Leistungserbringer im Skigebiet keine schärferen Einschränkungen zu erlassen als dies für die entsprechenden Branchen (Hotellerie, Gastronomie etc.) im Allgemeinen gelten. Auf weitere Massnahmen ist zu verzichten, solange sich nicht klar erweist, dass die bestehenden Schutzkonzepte mangelhaft sind.

SVP übernimmt Präsidien in Bundes-, National- und Ständerat

20.219 Bundesrat. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates für 2021
20.216 Nationalrat. Wahl des Präsidiums
20.217 Ständerat. Wahl des Büros (Präsidium, Vizepräsidium, Stimmenzähler, Ersatzstimmenzähler)

2021 wird die SVP das Bundespräsidium übernehmen. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Guy Parmelin am 9. Dezember 2020 zum Bundespräsidenten 2021. Bundesrat Parmelin wird in seinem Präsidialjahr vor grossen Herausforderungen stehen. Nicht nur die unmittelbaren gesundheitlichen Folgen der COVID-19-Pandemie, sondern auch die Auswirkungen der staatlichen Massnahmen werden unser Land im Jahr 2021 schwer treffen. Mit Nationalrat Andreas Aebi (BE) und Ständerat Alex Kuprecht (SZ) übernimmt die SVP zudem die Präsidien in National- und Ständerat. Damit werden 2021 nicht nur der Bundesrat, sondern auch die Eidgenössischen Räte von der SVP präsidiert.

SVP wehrt sich erfolgreich gegen erneute Verwässerung der Landesverweisung

20.025 Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Schengener Informationssystem (SIS)

Versteckt in einer Schengen-Weiterentwicklung wollte der Bundesrat die Ausschaffung krimineller Ausländer freiwillig dem EU-Recht unterstellen. Damit hätte die EU bzw. deren Gerichtshof künftig entschieden, ob eine ausgesprochene Landesverweisung effektiv vollzogen werden darf. Dies wäre einem Verfassungsbruch gleichgekommen. Das Schweizer Volk hatte am 28. November 2010 die Ausschaffungsinitiative mit einer Mehrheit von 52,9 Prozent der Stimmenden und 17,5 Ständen angenommen. Bereits in der Herbstsession 2020 stemmte sich die SVP erfolgreich gegen einen solchen Versuch und konnte wohl erstmalig erreichen, dass der Nationalrat eine Schengen-Vorlage ablehnte. In der Wintersession ist es der SVP nunmehr gelungen, einen Vorbehalt zur Ausschaffung krimineller Ausländer anzubringen. Ständerat und Nationalrat haben die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes mit dieser Anpassung angenommen. Damit wird sichergestellt, dass die entsprechende EU-Richtlinie keine Anwendung findet auf die Anordnung und den Vollzug der Landesverweisung.

Die anderen Parteien wollen nicht entschieden gegen den Terrorismus vorgehen

Ordnungsantrag Aeschi Thomas: Folgende im Nationalrat hängigen Vorstösse sind während der Wintersession 2020 zu behandeln:
19.3301 Motion. Addor Jean-Luc. Systematische Ausbürgerung von „Dschihad-Touristen" mit doppelter Staatsbürgerschaft
19.3306 Motion. Addor Jean-Luc. Kein Rückkehrrecht für „Dschihad-Touristen"
19.3376 Motion. Büchel Roland. Konsequentes Vorgehen gegen Dschihad-Rückkehrer und Terrorunterstützer
19.4005 Motion. Fraktion SVP (Wobmann Walter). Stopp der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz!
19.3598 Motion. Quadri Lorenzo. Schluss mit dem einfachen Zugang zur Sozialhilfe für Dschihadistinnen und Dschihadisten!

Die Geschehnisse im Tessin haben der Schweiz die grosse Gefahr des islamistischen Terrorismus wieder einmal vor Augen geführt. Die Täterin, die zwei Frauen angriff und eine davon schwer verletzte, war eine glühende Sympathisantin der Terrororganisation «Islamischer Staat». Trotzdem weigern sich die anderen Parteien, entschieden gegen den islamistischen Terrorismus vorzugehen. Mit mehreren Vorstössen wollte die SVP-Fraktion die Grundlagen schaffen, um die Schweizer Bevölkerung wirksam vor islamistischen Terrorakten zu schützen. Islamistischen Gefährdern, Hasspredigern und radikalisierten Personen mit Doppelbürgerschaft soll die schweizerische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Zudem sollen Schweizer «Dschihad-Touristen», die unserer Kultur und unserer Lebensweise den Krieg erklärt haben, an der

Rückkehr in die Schweiz gehindert werden. Die SVP fordert zudem, dass ausländischen Terrorunterstützern die Einreise verwehrt wird oder dass sie des Landes verwiesen werden. Und wenn sich Gefährder, Hassprediger und Radikalisierte in der Schweiz aufhalten, sollen sie keine Sozialhilfe kassieren. Auch die Unterstützung des islamistischen Terrorismus ist zu unterbinden. Radikale muslimische Glaubensgemeinschaften und Moscheen müssen konsequent überwacht werden. Ausserdem ist die Finanzierung von Gebetshäusern, Organisationen und weiteren Institutionen aus dem Ausland endlich zu verbieten. Es darf nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit gegen unsere freiheitlich-abendländische Gesellschaft gehetzt, agitiert und gemordet wird. Die falsche Toleranz und die politische Korrektheit der anderen Parteien sind hier fehl am Platz.

Dolmetscher für schlecht integrierte Ausländer auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert

19.303 Kt.Iv. TG. Integrationskosten

Die Standesinitiative des Kantons Thurgau fordert eine Relativierung der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, so dass die Kosten, die Fremdsprachige durch mangelnde Integrationsbemühungen verursachen, den Verursachern auferlegt werden können. Jährlich fallen den Gemeinden hohe Kosten an, weil schulpflichtige ausländische Kinder nicht in der Lage sind, eine Landessprache zu sprechen. Die Standesinitiative will ausländische Eltern in die Pflicht nehmen, damit sie sich rechtzeitig bemühen, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat entschieden, dass die Dolmetscher für schlecht integrierte Ausländer auch zukünftig vom Steuerzahler finanziert werden müssen. Die SVP hat dieses berechtigte Anliegen des Kantons Thurgau erfolglos unterstützt.

Linksgrün, die Mitte und Teile der FDP verhelfen dem wirtschaftsfeindlichen Tabakproduktegesetz zur Mehrheit

15.075 Bundesgesetz über Tabakprodukte

Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat das Tabakproduktegesetz beraten. Der Ständerat hatte zahlreiche Verschärfungen eingefügt und zusätzliche Werbeverbote in der Presse, im Internet und an Anlässen mit internationalem Charakter im Gesetz verankert. Die SVP-Fraktion scheiterte mit der beantragten Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat. Gegen die Stimmen der SVP haben die Mitte-Fraktion zusammen mit den Fraktionen von SP, Grünen und GLP einem Werbeverbot im öffentlichen Raum zugestimmt. Zudem verankerte der Nationalrat ein Verbot von Mentholzigaretten im Gesetz. Immerhin konnte die SVP verhindern, dass die Kantone jeweils strengere Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsvorschriften erlassen können. Das Tabakproduktegesetz in dieser Form besteht hauptsächlich aus unnötigen, wirtschaftsfeindlichen Vorschriften unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat.

DEZEMBER

SVP-Fraktion: Keine weiteren Corona-Massnahmen für die Festtage
Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Dezember 2020

Die Bundeshausfraktion der SVP hat in ihrer Sitzung folgende Beschlüsse gefasst:

- Die SVP-Fraktion fordert vom Bundesrat, für die Festtage von weiteren Corona-Massnahmen abzusehen. Insbesondere die Beschränkung der Gästezahl in den Skiregionen sowie der Zwang zum Homeoffice ist inakzeptabel.
- Die SVP-Fraktion lehnt das bevormundende und wirtschaftsfeindliche Tabakgesetz ab.
- Die SVP-Fraktion fordert einen Marschhalt bei der Agrarpolitik 22+ und sagt Ja zur Entlastung des Bundeshaushaltes.
- Im Anschluss an die Sitzung hat die Fraktion in der Stadt Bern Unterschriften für das Referendum gegen das teure und unnötige CO2-Gesetz gesammelt.

Der Bundesrat will die Corona-Schutzmassnahmen im Hinblick auf die Festtage verschärfen. Die SVP-Fraktion lehnt dies entschieden ab. Besonders stossend ist die vorgesehene Beschränkung der Gäste in den Skigebieten auf zwei Drittel oder 80 Prozent der durchschnittlichen Besucherzahl in vergangenen Jahren. Für die Bergregionen wäre dies in jeder Hinsicht eine Zumutung. Solange in den Städten vollbesetzte Trams und Busse verkehren dürfen, darf es für Berg- und Sportbahnen keine Beschränkungen geben. Die SVP lehnt es zudem ab, den Arbeitgebern durch die Hintertüre eine Verpflichtung aufzuerlegen, ihren Mitarbeitenden Homeoffice ermöglichen zu müssen. Denn bei einer Pflicht zum Homeoffice würden die Arbeitgeber auch zur Übernahme der Büroinfrastrukturkosten in Milliardenhöhe verpflichtet werden.

Offener Aufruf an den Bundesrat zur Sicherung des Wintertourismus
Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. Dezember 2020

Vor dem Hintergrund der sich verdichtenden Signale, dass der Bundesrat u.a. auch auf Druck aus dem Ausland im Zusammenhang mit der Covid-Bekämpfungsstrategie den Wintertourismus stark einzuschränken gedenkt, machen sich die unterzeichnenden Vertreter des eidgenössischen Parlaments aus den Tourismuskantonen grösste

Sorgen um die betroffenen Tausenden von Unternehmungen, die auf die Einnahmen in den wenigen Ferienwochen der Wintersaison angewiesen sind.

Die Tourismusbetriebe haben in den vergangenen Wochen umfassende Schutzkonzepte erarbeitet, nehmen den Schutz der Bevölkerung sehr ernst und sind auf die Wintersaison vorbereitet. Es kann und darf nicht sein, dass nun der Bundesrat kurz vor Eröffnung der Skisaison mit kaum umsetzbaren Restriktionen die getroffenen Massnahmen flächendeckend und undifferenziert übersteuert und weitere nicht abschätzbare wirtschaftliche Verluste verursacht.

Einsatz für die Bergregionen zeigt Wirkung: Der Bundesrat berücksichtigt Forderungen der SVP
Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Dezember 2020

Dank der SVP kommt es nicht zu massiven Einschränkungen für den Wintertourismus: Der Bundesrat verzichtet auf flächendeckende Kapazitätsgrenzen für die Skigebiete. Unverständlich ist hingegen, dass die Bergbahnen und Gondeln nur zu zwei Dritteln besetzt werden dürfen, während der überfüllte öffentliche Verkehr in den Städten toleriert wird.

Die SVP nimmt zur Kenntnis, dass der Bundesrat ihrer Forderung nachgekommen ist und auf eine flächendeckende massive Einschränkung der Gästezahl in den Skiregionen verzichtet hat. Positiv ist ebenfalls, dass die Gastronomiebetriebe für den Wintertourismus geöffnet bleiben. Denn Tausende von Betrieben in den Bergregionen sind auf die Einnahmen in den wenigen Ferienwochen der Wintersaison angewiesen. Die Tourismusbetriebe haben umfassende Schutzkonzepte erarbeitet und bereits im Sommer bewiesen, dass diese funktionieren. Selbstredend sind die Schutzkonzepte auch in der Wintersaison konsequent umzusetzen.

Die Bundeshausfraktion der SVP hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Beschlüsse gefasst:
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2020

- Keine weiteren willkürlichen Corona-Massnahmen des Bundesrates wie die flächendeckende Schliessung der Restaurants und eine Einschränkung der Ladenöffnungszeiten.

- Änderung Ausländer- und Integrationsgesetz: Die SVP-Fraktion begrüsst das vorgesehene Auslandreiseverbot für Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge. Die Fraktion lehnt hingegen die zahlreichen Ausnahmeregelungen ab, mit denen Links-Grün mit Hilfe der Mitteparteien die Vorlage verwässert hat.

Die Zeichen mehren sich, dass Bundesrat Alain Berset vom 12. Dezember bis Mitte Januar schweizweit die Schliessung aller Restaurants verfügen will. Zudem sollen die Geschäfte künftig nur noch von Montag bis Freitag geöffnet sein. Die Bundeshausfraktion der SVP lehnt diese Massnahmen einstimmig ab und fordert den Bundesrat entschieden dazu auf, nicht in die Hoheit der Kantone einzugreifen, zumal die Lage nicht in allen Kantonen dieselbe ist.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schäden wären immens – viele Betriebe würden

in den sicheren Ruin getrieben. Sowohl die Gastrobranche als auch der Detailhandel haben bislang alle Auflagen erfüllt und verfügen über funktionierende Schutzkonzepte. Zudem gibt es keine Belege dafür, dass sich die Menschen in Restaurants und beim Einkaufen anstecken. Auch macht sich in der Bevölkerung eine gewisse Corona-Müdigkeit breit. Immer mehr Menschen sind nicht länger bereit, noch mehr und teils widersprüchliche oder absurde Einschränkungen mitzutragen.

Die SVP lehnt die neuen Corona-Massnahmen des Bundesrates ab
Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Dezember 2020

Mit den neuen Corona-Massnahmen, die der Bundesrat heute in die Konsultation geschickt hat, übersteuert er den Föderalismus und verschärft die ohnehin schlechte wirtschaftliche Lage der Gastrobetriebe und des Detailhandels. Zudem ist die 5-Personen-Regel für private Treffen völlig realitätsfremd und nicht praktikabel. Die SVP lehnt den massiven Eingriff des Bundesrates deshalb entschieden ab.

Dank dem Druck der SVP wird für die Weihnachtszeit zumindest die 2-Haushalte-Regelung bei privaten Zusammenkünften gestrichen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Dezember 2020

Die SVP lehnt die Massnahmen des Bundesrates entschieden ab:

- Sie sind willkürlich und versetzen vielen Gewerbetreibenden namentlich in Gastronomie und Detailhandel den Todesstoss.
- Dass sich der Bundesrat über die Mehrheit der Kantone hinwegsetzt ist inakzeptabel. Genf ist nicht Appenzell und Bern nicht Zürich: Die Corona-Lage ist nicht überall gleich und die Kantone können und sollen selber entscheiden, wie weit sie mit den Schutzmassnahmen gehen wollen.
- Der Bundesrat muss seinen Blindflug beenden und belastbare Daten und Fakten vorlegen, damit die Pandemie endlich mit gezielten Massnahmen bekämpft werden kann.
- Um weitere Schäden zu vermeiden ist die Strategie der SVP vom Frühling umzusetzen: Risikogruppen sind zu schützen und die Wirtschaft soll unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln arbeiten können.

Zum Glück kein Lockdown
Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Dezember 2020

Die SVP begrüsst, dass der Bundesrat bei den neuen Corona-Schutzmassnahmen darauf verzichtet, das gesamte öffentliche Leben herunterzufahren.

Positiv wertet die SVP zudem:

dass der Bundesrat regionale Unterschiede berücksichtigt und Kantone mit günstiger epidemiologischer Entwicklung Lockerungen beschliessen können, wie das Öffnen von Restaurants und Sporteinrichtungen.
dass die Skigebiete offen bleiben, respektive, dass die Kantone hier zuständig bleiben und den Betrieb von Skiliften und Bergbahnen bewilligen können.

Kritisch wertet die SVP hingegen:

dass die Restaurants, Freizeitanlagen und zahlreiche andere Einrichtungen in den meisten Kantonen ab Dienstag schliessen müssen und dass es eine weitere Beschränkung der Kundenzahl in den Läden gibt.
Damit geraten die Gastro-Branche und der Detailhandel noch mehr unter Druck. Neue Einschränkungen fast im Wochentakt sind für die Betriebe einschneidend und rauben ihnen jede Planungssicherheit. Für viele Betriebe dürften die neuen Massnahmen sogar den Todesstoss bedeuten. Damit verlieren Zehntausende Menschen ihre Arbeit.

Die SVP ist daher erleichtert, dass Stände- und Nationalrat in der Wintersession einen Vorstoss von Nationalrätin Esther Friedli (SG) angenommen haben, der dafür sorgt, dass Menschen mit tiefen Löhnen nicht nur 80 sondern 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Die SVP befürwortet zudem im Rahmen der bisher beschlossenen Hilfen eine rasche und unkomplizierte Unterstützung für Betriebe in Not.

SVP fordert sofortige Öffnung und personelle Konsequenzen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. Dezember 2020

Am 18. Dezember hat der Bundesrat einen Teil-Lockdown verfügt. Er begründete seine Entscheidung mit der epidemiologischen Lage («besorgniserregend») und der «exponentiell» ansteigenden Zahl von Ansteckungen. Wie sich nun herausgestellt hat, wurden diese verschärften Massnahmen auf der Basis falscher Annahmen getroffen. Die ETH hat gemäss Tages-Anzeiger den R-Wert mehrmals falsch berechnet, deutlich zu hoch angesetzt und rückwirkend korrigiert.

Gemäss aktuellen Berechnungen liegt der R-Wert bei 0,86 und damit klar unter dem kritischen Referenzwert von 1. Die Auslastung der Intensivstationen liegt bei 72% und dies obwohl die Anzahl gemeldeter Betten gegenüber dem Frühling um 500 auf rund 1000 reduziert wurde. Die Inzidenz (Woche 51) liegt mit 339 deutlich unter den 600 zum Zeitpunkt der bundesrätlichen Anhörung der Kantone (13. Dezember). Die Zahl der laborbestätigten Hospitalisierungen ist seit dem 5. Dezember – also noch vor dem bundesrätlichen Massnahmenpaket – kontinuierlich rückläufig. Mit anderen Worten: Der Bundesrat hat die Restaurants sowie Sport-, Freizeit- und Kulturbetriebe geschlossen, obwohl die R-Werte und Hospitalisierungen deutlich am Sinken und die Spitalkapazitäten gewährleistet waren.

Verunsicherung und Willkür

Die vergangenen Wochen zeigen, Bundesrat Alain Berset, das BAG und die Task Force sorgen für Verwirrung und Willkür:

- Es werden Regeln erlassen und dann wieder aufgehoben.
- Es werden Schutzkonzepte verlangt und wieder für nichtig erklärt ohne nachvollziehbare, faktenbasierte Begründung.
- Der Bundesrat erlässt Handlungsmechanismen, an die er sich selber nicht hält.

Diese chaotische Corona-Politik verunsichert die Bevölkerung, die Kantone und die Unternehmen. Dabei entsteht ein enormer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher

Schaden. Die linken Parteien setzen Schliessungen durch, fordern Härtefallmassnahmen und versuchen gleichzeitig, jede Lockerung zu blockieren. Sie «reparieren» also die Schäden, die sie mit ihrer Politik selber anrichten. Und das mit Milliarden Steuergeldern der Schweizer Bevölkerung.

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 330 Fragen für die Fragestunde, 170 Interpellationen, 99 Motionen, 21 Parlamentarische Initiativen, 25 Anfragen und 27 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 14 Motionen, 5 Interpellationen, 3 Anfragen, 1 Parlamentarische Initiative und 1 Postulat eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2020 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Positionspapier der SVP zur mangelhaften Umsetzung der Ausschaffungsinitiative
- Positionspapier der SVP Schweiz zu ausländischen Übernahmen von kritischen systemrelevanten Infrastrukturen in der Schweiz
- Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung
- Kurzpositionspapier der SVP zur Kinderbetreuung
- Kurzpositionspapier der Schweizerischen Volkspartei zur Bewältigung des Corona-Schuldenbergs

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Positionspapiere) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2020 hat die SVP an **66 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei (Verordnungen [EU] 2019/817 und [EU] 2019/818) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)
- Verordnung über die Auskunft zu Massnahmen des Erwachsenenschutzes-Teilrevision der Aussenlandeverordnung AuLaV
- Änderung der Tierseuchenverordnung
- Verordnung über die individuellen Erkennungsmerkmale und Sicherheitsvorrichtungen auf der Verpackung von Humanarzneimitteln 16.452 n Pa. Iv. Rösti. Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung und Stromspeicherung. Anpassung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vergütung des Pflegematerials)
- Gasversorgungsgesetz (GasVG)

- Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehme
- Vernehmlassungsantwort der SVP Schweiz zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, (BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)
- Genehmigung und Umsetzung des mit der Europäischen Union geschlossenen Abkommens über die Prümer Zusammenarbeit, des Euro-dac-Protokolls und des mit den Vereinigten Staaten von Amerika ge-schlossenen Abkommens über die Zusammenarbeit zur Prävention und Bekämpfung schwerer Straftaten
- Änderung berufliche Vorsorge
- Revision der Verordnungen zum FMG
- Änderung der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz
- BVG Reform
- Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer
- Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich (StADG)
- Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) 1052/2013 und (EU) 2016/1624 und zu einer Änderung des Asylgesetzes
- Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes zur Umsetzung des «Aktionsplans Integrierte Grenzverwaltung» sowie zur finanziellen Unterstützung von Kantonen mit Ausreisezentren an der Grenze; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- 09.503 Pa.Iv. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (Bundesgesetz über die Stempelabgaben)
- Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht
- Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2020
- 19.475 s Pa.Iv. WAK-SR. Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung betreffend Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifermittlung: Vernehmlassungsantwort der SVP Schweiz
- 16.432 n Pa. Iv. Gebührenregelung. Öffentlichkeitsprinzip in der Bundesverwaltung – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- 17.423 n Pa.Iv. Mitwirkungspflicht im Asylverfahren. Überprüfungsmöglichkeit bei Mobiltelefonen – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Indirekter Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative: Vernehmlassungsantwort der SVP Schweiz
- Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)
- Revision des Energiegesetzes (Fördermassnahmen ab 2023)
- Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer

- Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen
- Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG) – Zusatzfinanzierung der Arbeitslosenversicherung
- Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz)
- Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise
- Bundesgesetz über den Miet- und den Pachtzins während Betriebs-schliessungen und Einschränkungen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Geschäftsmietegesetz)
- Änderung des Entsendegesetzes
- Bundesgesetz über Velowege (Veloweggesetz)
- Verordnungspaket Umwelt Frühling 2021
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) aufgrund der Teilrevision vom 21. Juni 2019 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) «Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit»
- Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG)
- Änderung des Luftfahrtgesetzes
- Stromversorgungsverordnung (StromVV)
- Teilrevision der Verordnung über die Reduktion der CO2-Emissionen (CO2-Verordnung)
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung betreffend Weiterentwicklung der Planungskriterien sowie Ergänzung der Grundsätze zur Tarifermittlung
- Bundesgesetz über die Regulierung der Versicherungsvermittlertätigkeit
- Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Einführung eines vollen Lastenausgleichs und Auflösung des Fonds Familienzulagen Landwirt-schaft)
- Änderung der Jagdverordnung (JSV)
- Umsetzung der Standesinitiative 17.304 des Kantons Tessin: „Sicherere Strassen jetzt!"
- Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Bauarbeiten
- Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) und des Jugendstrafgesetzes (JStG) (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug)
- Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (Zulassung der Podologinnen und Podologen als Leistungserbringer im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP); Spitalkostenbeitrag)
- Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (Weiterentwicklung der Mehrwertsteuer in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft) und der Mehrwertsteuerverordnung

- Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über die gegenseitige Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflichen Abschlüssen (Modernisierung der Vereinbarung von 1937)
- Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2; SR 822.112): Sonderbestimmungen für Bau- und Unterhaltsbetriebe auf Nationalstrassen
- Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)
- Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative „Keine Massentier-haltung in der Schweiz (Masssentierhaltungsinitiative)"
- Verordnung über die Parlamentarische Initiative «Stopp dem ruinösen Preisdumping beim Zucker! Sicherung der inländischen Zuckerwirtschaft»
- Revision des Obligationenrechts (Baumängel)
- Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)»
- Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) als indirekter Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»
- Änderung der Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der COVID-19-Epidemie
- 19.429 Parlamentarische Initiative. Befreiung der Schweizergarde von der Wehrpflichtersatzabgabe
- Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage: Massnahmeverschärfung I-III
- Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes, des Ordnungsbussengesetzes und von acht Verordnungen
- Änderung der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung. Freiwilliger Abbau von Reserven und Ausgleich von zu hohen Prämieneinnahmen
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Besitzesschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken)
- Vernehmlassungsantwort der SVP Schweiz zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, (BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>Vernehmlassungen) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2020 hat die SVP Schweiz insgesamt 109 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 32 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift **„Klartext"** und die französische Version **„Franc-parler"** sind je 5-mal erschienen. Die Auflage betrug Ende 2020 **51'119 Exemplare in Deutsch** und **5'307 in Französisch**.

Im Jahr 2020 hat die SVP **8 Medienkonferenzen** durchgeführt:

31. März 2020	Die SVP fordert eine klare wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategie für die Zeit nach dem 19. April
02. Mai 2020	Das Notrecht ist dringend aufzuheben und der Angriff auf die Eigentumsgarantie entschieden abzuwehren
26. Juni 2020	Links-Grün treibt die Schweiz in den Ruin
22. Juli 2020	Volkswille umsetzen – kriminelle Ausländer endlich konsequent ausschaffen
27. Juli 2020	Der Schweizer Landwirtschaft den Rücken stärken
11. August 2020	Zu viel ist zu viel: Die Schweiz zerbricht unter dem Druck der masslosen Zuwanderung
26. August 2020	Studie von Europe Economics
20. Oktober 2020	Für ein Klima der Vernunft

Darüber hinaus hat die SVP im Jahr 2020 **ein Extrablatt** unter dem Titel «Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!» an alle Schweizer Haushalte herausgegeben.

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen) abrufbar.

2.4 Internet

Bis zum 31.12.2019 wurden 711'439 Besuche (1‘377‘263 Seitenaufrufe) auf https://www.svp.ch, 420'578 Besuche (549’279 Seitenaufrufe) auf https://www.udc.ch und 14'717 Besuche (30’413 Seitenaufrufe) auf https://it.udc.ch registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1’943 Besuche auf www.svp.ch, 1’149 auf www.udc.ch und 40 auf it.udc.ch.

2020 produzierte die SVP 69 Internet-TV-Beiträge in deutscher Sprache und 44 in französischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 197’954 Aufrufe deutsch und 11'435 Aufrufe Französisch. Der YouTube-Kanal hat 3800 Abonnenten deutsch und 309 Abonnenten Französisch.

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «SVP Schweiz», «UDC Suisse» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2020 zählte die Seite «SVP Schweiz» 29‘918 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählte 11‘695. An diversen Spitzentagen hat die SVP 300'000 Personen erreicht. Über das ganze Jahr hatten die Beiträge auf der Facebookseite der SVP Schweiz 28'320'158 Impressionen.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 835 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2020 haben 3 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 25. Januar 2020, in Seedorf (UR)
«Die SVP Schweiz kämpft für eine massvolle Zuwanderung»

Delegiertenversammlung, Samstag, 28. März 2020, in Basel (BS)
Wegen COVID-19 abgesagt

Delegiertenversammlung, Samstag, 22. August 2020, in Brugg (AG)
«Zu viel ist zu viel – wir wollen endlich die Kontrolle über die Zuwanderung zurück!»

Online-Delegiertenversammlung, Samstag 24. Oktober 2020, (digital)
«Kein Unterwerfungsvertrag mit der EU –wir verteidigen unsere Freiheit und Volksrechte!»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>Delegiertenversammlungen) abrufbar.

3.2 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2020)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Ständerat Marco Chiesa (TI)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Mitglied	Nationalrat Manuel Strupler (TG)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 29 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2020)

Von Amtes wegen: Mitglieder des Parteileitungsausschusses	
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH) Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Generalsekretär	Emanuel Waeber (FR)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Benjamin Fischer (ZH)
	Ständerat Werner Salzmann (BE)
	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold-Sidler (LU)
	Kevin Grangier (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	David Trachsel (BS)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU) Nationalrat Piero Marchesi (TI) Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)

Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Lars Guggisberg (BE)
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Monika Rüegger (OW)

3.4 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 118 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2020)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Präsidenten der Kantonalparteien:	
AG	Nationalrat Andreas Glarner
AI	Martin Ebneter
AR	Anick Volger
BE	Ständerat Werner Salzmann
BL	Dominik Straumann
BS	Eduard Rutschmann
FR	Christophe Blaumann
GE	Nationalrätin Céline Amaudruz
GL	Thomas Tschudi
GR	Roman Hug
JU	Thomas Stettler
LU	Angela Lüthold-Sidler
NE	Walter Willener
NW	Roland Blättler
OW	Nationalrätin Monika Rüegger
SG	Walter Gartmann
SH	Walter Hotz
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Walter Duss
TG	Ruedi Zbinden
TI	Nationalrat Piero Marchesi
UR	Fabio Affentranger
VD	Kevin Grangier
VS (UVS)	Cyrille Fauchère
VS (OVS)	Romano Amacker
ZG	Nationalrat Thomas Aeschi

ZH	Benjamin Fischer
JSVP	David Trachsel
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Thomas Burgherr Pascal Furer Rolf Jäggi Michelle Rütti
AI	Alfred Langenegger
AR	Michael Vierbauch
BE	Andrea Gschwend-Pieren Jolanda Brunner Aliki M. Panayides Samuel Krähenbühl Miriam Gurtner Helena Morgenthaler
BL	Nationalrat Thomas de Courten Peter Riebli
BS	Pascal Messerli
FR	Liliane Marchon Christina Darcey
GE	Claude Reymond Michael Andersen
GL	Barbara Rhyner
GR	Jan Koch Mario Cortesi
JU	Kilian Kaufmann
LU	Räto B. Camenisch Vroni Thalmann Oliver Imfeld
NE	Anne-Marie Ridout
NW	Peter Wyss
OW	Severin Wallimann
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Christine Rütti Hans Rudolf Lutz
SZ	Nationalrat Pirmin Schwander René Zwahlen
TG	Judith Ricklin Beat Stump
TI	Lara Filippini Roberta Soldati

UR	Paul Dubacher
VD	Valentin Christe Werner Riesen
VS (UVS)	Nationalrat Jean-Luc Addor Jérôme Desmeules
VS (OVS)	Fredy Ursprung Sandro Fux
ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Nationalrat Martin Haab Roger Liebi Elisabeth Pflugshaupt Martin Suter Nationalrat Mauro Tuena Romaine Rogenmoser
JSVP	Diego Baratti (TI) Andreas Gerber (BE)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Regierungsrat Jean-Pierre Gallati Nationalrätin Martina Bircher
BE	Nationalrat Albert Rösti alt Nationalrat Thomas Fuchs
NW	Regierungsrätin Michèle Blöchliger Nationalrat Peter Keller
SG	Nationalrätin Esther Friedli
TG	Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer
TI	Eros Mellini
VD	Gérald Nicod
ZH	Nationalrat Gregor Rutz alt Nationalrat Christoph Mörgeli alt Nationalrat Ulrich Schlüer alt Nationalrat Hans Egloff alt Bundesrat Christoph Blocher

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2020)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Emanuel Waeber, St. Antoni (FR) per 01.01.2021 Peter Keller, Hergiswil (NW)
Fraktionssekretär	Marc Winistoerfer, Olten (SO)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Fraktionssekretär stv.	Benjamin Schmid, Bern (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Münsingen (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Raphael Vogel, Köniz (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Yohan Ziehli, Lausanne (VD)
Projektleiterin Kantonalparteien	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Fraktionsassistentin	Christa Bolliger, Bolligen (BE)
Assistent Parteipräsident	Alain Bühler, Lugano (TI)
Sachbearbeiter	Adrian Spahr, Lengnau (BE)
Sachbearbeiterin	Prisca Weber, Uetendorf (BE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin,** Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:
Mit 55 Nationalräten (53 SVP, 1 Lega, 1 EDU) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2020)

AG	Bircher Martina, Aarburg Burgherr Thomas, Wiliberg Huber Alois, Wildegg Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Heimgartner Stefanie, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau

BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Geissbühler Andrea, Bäriswil Guggisberg Lars, Kirchlindach Hess Erich, Bern Umbricht Pieren Nadja, Kaltacker Rösti Albert, Uetendorf von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich
NW	Keller Peter, Hergiswil
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland, Oberriet Egger Mike, Berneck Friedli Esther, Ebnat-Kappel Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Herzog Verena, Frauenfeld Strupler Manuel, Weinfelden
TI	Marchesi Piero, Molinazzo di Monteggio
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Haab Martin, Mettmenstetten Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Schläpfer Therese, Hagenbuch Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental

Ständeräte (Stand: 31.12.2020)

AG	Knecht Hansjörg, Leibstadt
BE	Salzmann Werner, Mülchi
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2020

Volksabstimmung vom 09. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»	Nein	Nein	Nein	Ja	43.0	57.0	4.5	18.5	Abgelehnt
Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Erweiterung der Rassismusstrafnorm; «Zensurgesetz»)	Nein	Ja	Ja	Ja	63.1	36.9	20.5	2.5	Angenommen

Volksabstimmung vom 27. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»	Ja	Nein	Nein	Nein	38.3	61.7	3.5	19.5	Abgelehnt
Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)	Ja	Ja	Ja	Nein	48.1	51.9	13	10	Abgelehnt
Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)	Ja	Ja	Ja	Nein	36.8	63.2	2	21	Abgelehnt
Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»)	Nein	Ja	Ja	Ja	60.3	39.7	16	7	Angenommen
Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	Ja	Ja	Ja	Nein	50.1	49.9	16	7	Angenommen

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 07.03.2021

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantons-parlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	**2020**	**30.1%**	**43**	**140**
AI	Jährlich / 2020	*	*	50
AR	2019	12.2%	7	65
BE	2018	26.8%	46	160
BL	2019	22.7%	21	90
BS	**2020**	**10.8%**	**11**	**100**
FR	2016	19.7%	21	110
GE	2018	7.3%	8	100
GL	2018	25.3%	15	60
GR	2018	*	9	120
JU	**2020**	**11.0%**	**7**	**60**
LU	2019	19.6%	22	120
NE	2017	11.5%	9	115
NW	2018	25.9%	15	60
OW	2018	24.5%	15	55
SH	**2020**	**33.4%**	**20**	**60**
SO	**2021**	**21.0%**	**21**	**100**
SG	**2020**	**26.9%**	**35**	**120**
SZ	**2020**	**33.2%**	**33**	**100**
TG	**2020**	**32.3%**	**45**	**130**
TI	2019	6.1%	6	90
UR	**2020**	**24.6%**	**14**	**64**
VD	2017	15.8%	25	150
VS	**2021**	**16.9%**	**22**	**130**
ZG	2018	22.4%	18	80
ZH	2019	24.5%	45	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch